Zeitschrift: Jahrbuch des Bernischen Historischen Museums
Herausgeber: Bernisches Historisches Museum
Band: 59-60 (1979-1980)

Artikel: Zur Revision des Berner Christoffel
Autor: Bächtiger, Franz
Kapitel: VII: Die Schuldfrage
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1043195

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VII. Die Schuldfrage

Baulust, Spekulation und die Einwirkung «flottanter Elemente» hätten zum Abbruch des Christoffelturms geführt, er sei dem Zeitgeist, das heißt dem Fortschrittsglauben zum Opfer gefallen, behaupteten die Christoffelfreunde. Ihnen war vollkommen klar, daß im Kampf um das altbernische Wahrzeichen nicht verkehrstechnische, sondern politische Gründe den Ausschlag gaben. Diese Bewertung prägte denn auch die späteren Erklärungsversuche. Aus heutiger – denkmalbewußter – Sicht wird der Abbruch des Turms als «unheilvollster Eingriff ins Stadtbild» einmütig erkannt und beklagt.[346] Diese Feststellung verbindet sich mit der Einsicht, daß die radikalen Christoffelstürmer von 1864 in gewisser Weise Recht hatten: «Mit dem Turm fiel das echteste Denkmal des alten Bern; mit ihm war der eine Eckpfeiler brutal weggeschlagen, der einzig völlig unverzeihliche Schlag einer Zeit ohne Stil mitten in ein sieben Jahrhunderte durchformtes, ehrfurchtgebietendes Stadtgesicht.»[347] Diese schlimmste aller Bausünden kann dem «pietätlosen Geist traditionsloser Neuerungssucht» zugeschrieben werden[348], jenem «Gründungsfieber», das sich dank Verkehrserschließung und Bodenspekulation weit über die notwendige Stadterweiterung hinaus durch eine Art «Großstadtwahn» auszeichnete.[349] Ganz allgemein ist zu bedenken, «daß die Stadtmenschen des 19. Jahrhunderts zu keinem andern historischen Bautypus in einem solch gestörten Verhältnis standen wie zu den mittelalterlichen Ringmauern und Tortürmen.»[350] Die Demolition des Christoffelturms ist nicht allein auf verfehlte ästhetische Zielsetzungen zurückzuführen. Im Hinblick auf den angeblich Weggli spendenden Christoffel könnte auch «enttäuschter Kinderglaube» mit im Spiel gewesen sein.[351] Schließlich wird auf jene neuen Emporkömmlinge hingewiesen, welche bemüht waren, «jede historische Erinnerung auszulöschen, sekundiert von Strebern, deren Tradition eine andere hätte sein dürfen.»[352] Neben Oberst *Kurz* werden hier vor allem Kantonsbaumeister *Salvisberg* und Bankpräsident *Stämpfli* genannt. Doch sind diese «Christoffel-Vandalen» primär nicht an ihren negativen Leistungen, sondern vielmehr an ihren eigenen Wertvorstellungen zu messen. So begann *Salvisberg*, der «eigentliche Sieger» im Abbruchkampf[353], im Frühjahr 1865 mit der Renovation des Berner Rathauses, dank welcher das ehrwürdige Gebäude ein aufwendiges neugotisches Gewand erhielt. Diese ehrgeizige, später als «Zuckerbäckergotik» verlachte Umwandlung[354] hielt *Salvisberg* fortan für sein Meisterwerk, ja, er ließ 1876 im Auftrag der kantonalen Baudirektion dazu eine großformatige Planserie veröffentlichen.[355] Ein imposantes Baudenkmal setzte sich auch *Jakob Stämpfli* mit dem prachtvollen, allseits bewunderten Neubau der eidgenössischen Bank. Und doch bietet gerade seine Persönlichkeit ein vielfältiges Spektrum widersprüchlicher Meinungen. Für die Christoffelfreunde galt er als «das Triebrad der Abbruchbewegung.»[356] Einerseits «besessen von rücksichtlosem Fortschrittsdrang» und beflissen, die Erinnerung an das verhaßte ancien régime auszulöschen, war er andererseits, selbst für konservative Beobachter, unbestreitbar «der hervorragendste schweizerische Staatsmann der Neuzeit.»[357] Analog dazu durfte sich

[346] *M. Stettler,* Mein altes Bern, Bern 1953, 26 f. «Heute wird der Abbruch dieses Wahrzeichens und eigentlichen Stadteingangs, der als einziger der drei Türme seine altertümlich gotische Form bewahrt hatte, als unheilvollster Eingriff ins Stadtbild einmütig erkannt und beklagt. Erst wer sich vor Augen hält, wie anders der Eintritt in die Stadt durch diesen Turm sich vollzöge, wie Zeitglocken-, Käfig-, Christoffelturm in ihrer Dreiheit die Folge steigerten, wie jeder als sonorer Einsatz einer neuen Strophe des gleichen balladesken Liedes getönt haben muß, wie verstümmelt das Stadtganze durch das Fehlen dieses Gliedes ist, wie unwiederbringlich der Verlust, wie nutzlos das Opfer, wie lieblos die Gründe, die – mit einem Mehr von vier Stimmen – zu seinem Untergang führten, erfaßt, wessen eine Gruppe von Bürgern sich vermaß, und trauert, daß dergleichen überhaupt möglich war. Mag sein, daß der Turm der Heiliggeistkirche im Schatten des größeren Turmes stand: just die Gegensätzlichkeit des Paares hat sich Freunde zu schaffen gewußt. Ganz zu schweigen vom alten Schutzgeist, dem fast zehn Meter hohen, aus Lindenholz geschnitzten Reliefstandbild des Christoffel, der die Stadt hinunterschaute und dem auch der Raub des Christusknaben nach der Reformation, die Umkleidung zum Goliath den alten Namen nicht zu nehmen vermocht hat – wo gäbe es hierzulande eine ähnliche Kolossalfigur?»

[347] *P. Hofer,* Bern. Die Stadt als Monument, Bern 1951, 15.

[348] *H. Blösch,* Siebenhundert Jahre Bern, s. Anm. 58, ebd. 136.

[349] *E. v. Rodt,* Bern im XIX Jh., Bern 1898, 100; vgl. *B. Fritzsche,* Bodenpreis und Stadtentwicklung am Beispiel Bern, in: Tages-Anzeiger/Magazin 26. 11. 1977, 17: die Zunahme der Bodenpreise an der Spitalgasse betrug in der Zeit zwischen 1850/59 und 1860/69 wegen der Verkehrserschließung durch die Eisenbahn 227%.

[350] *H. Gasser/F. Lauber,* St. Alban-Tor einst und jetzt, Basel 1977, 44; zum Basler Schanzenstreit aus bernischer Sicht vgl. Bund 22. 2. 1860 und 6. 3. 1860, s. *W. Kundert,* Der Basler Schanzenstreit 1859/62; in: Basler Zeitschrift f. Geschichte u. Altertumskunde, Basel 1973, 157.

[351] *H. Sommer,* Bern und die Berner vor 125 Jahren, Bern 1976, 40.

[352] *E. v. Rodt,* Der Oberspital- oder Christoffelturm, s. Anm. 6, ebd. 382.

[353] *M. Stettler,* Eingriffe ins Berner Stadtbild seit hundert Jahren, in: BZ 1946, 13.

[354] *A. Knöpfli,* Schweizerische Denkmalpflege, Zürich 1972, 118, Abb. 68–70; bereits im Frühjahr 1865 bewilligte der Große Rat den ersten Kredit von Fr. 79 500.– für die Herstellung des Rathauses, vgl. BTB 1869, Chronik 1865, 333.

[355] *F. Salvisberg,* Bern Kantonsrathaus, hg. durch die Baudirection des Kantons Bern, Liestal 1876: 14 Lithographien.

[356] Intelligenzblatt 12. 12. 1864.

[357] BTB 1881, Chronik 1879, 286; vgl. Grabrede von Bundesrat *Karl Schenk:* Stämpfli als «Stern erster Größe an dem politischen Himmel Berns und der Eidgenossenschaft», s. Festschrift Jakob Stämpfli, Bern 1884, 56; vgl. *R. Feller,* Jakob Stämpfli, Bern 1921, 25.

auch Oberst *Kurz* sowohl auf bernischer wie auf eidgenössischer Ebene größter Beliebtheit erfreuen. Seine bis ins Krankhafte gesteigerte Antipathie gegenüber dem Christoffelturm hinderte die konservative Burgergemeinde Bern keineswegs, «in Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen um die Stadt Bern», seiner Familie das Burgerrecht zu schenken.[358]

Die Schuldfrage ist aber auch an die Adresse der alteingesessenen Berner zu richten, welche an der entscheidenden Abstimmung entweder durch Abwesenheit glänzten oder sogar für den Abbruch des Christoffel stimmten. «Dem selbstlosen Einsatz der mehrheitlich patrizischen Verteidiger stand eine bis tief in die sonst erzkonservative Burgerschaft hinein gespaltene Stadtbevölkerung gegenüber.»[359] Gleichzeitig kann das halbherzig-träge, kleinmütige und letztlich kurzsichtige Verhalten des Gemeinderates ebenso wenig entschuldigt werden.[360] Es fällt auf, daß die damalige Behörde über den Abbruch des Christoffel hinaus noch andere schwere Mißgriffe zu verantworten hat. So wurden bedenkenlos, ohne jedes denkmalpflegerische Interesse, ohne alles architektonische Verständnis, wertvolle Bauten zerstört, verschachert oder umgebaut.[361]

Doch auch den Christoffelfreunden können bestimmte Vorwürfe nicht erspart bleiben. Die Schlagworte der Gegner: «Zopf», «Zopfthum», «Zopfburgertum» werfen ein bedenkliches Licht auf die politische Einstellung jener Denkmalschützer, welche den Christoffelturm zum Wahrzeichen des alten Bern erhoben. «Um dreihundert Jahre älter als das Patrizierregiment, war der Christoffel zum Symbol des verhaßten ancien régime geworden; in diesem Sinne ist der Fall des Turms der nach 75 Jahren nachgeholte Bastillesturm Berns.»[362] Es drängt sich also die Frage auf, warum der Christoffelturm zum Sinnbild der Reaktion und des Rückschritts werden konnte. Ein Vergleich mit dem Sturm auf die Bastille wäre nämlich nur dann statthaft, wenn auf die Frage, wie lange denn die patrizische Herrschaft gedauert hat, eine eindeutige Antwort vorliegen würde, und zwar zuhanden der zeitgenössischen Geschichtsschreibung. Gerade in diesem Punkt gehen die Meinungen weit auseinander. Nach konservativ-patrizischer Auffassung dauerte die Aristokratie von 1480 bis 1798[363], während die Radikalen diese Periode auf 600 Jahre berechneten. Demnach hätte die Knechtschaft des Berner Volkes kurz nach der Laupenschlacht (1339) begonnen[364], das heißt die «Schloß- und Riegelperiode» würde bis in jene Zeit zurückreichen, da der Christoffelturm errichtet wurde.

Die konservative Behauptung, der Christoffelturm sei durch die «wiederholten Axtschläge des Radikalismus» gefällt worden, bestätigt die parteipolitisch verhärteten Fronten zwischen Konservativen und Radikalen. Diese Gegensätze besitzen eine langwierige und höchst verwickelte Vorgeschichte, in die auch persönliche Feindschaften und Aversionen mit hineinspielen. Die führenden Köpfe in der Auseinandersetzung um den Christoffelturm gewähren aus dieser Perspektive Einblick in bisher unbeachtet gebliebene Zusammenhänge.

Nach liberaler und radikaler Auffassung war die sogenannte «Schloß- und Riegelperiode» mit der Staatsumwälzung von 1831 zu Ende gegangen. Die patrizische Regierung unter Schultheiß *Emanuel Friedrich v. Fischer* (1786–1870) sah sich im Hinblick auf das gestörte Verhältnis zwischen Stadt und Land gezwungen, abzutreten und damit einer neuen, liberalen Regierung auf demokratischer Grundlage Platz zu machen. Die «Erlacherhof-Verschwörung» von 1832, welche die «Reaktionsgelüste» der Patrizier offenbaren sollte, vertiefte die Gegensätze. Nach jahrelangem Prozeß wurde Altschultheiß *v. Fischer,* der inzwischen die Leitung der städtischen Behörden übernommen hatte, «wegen des hohen Verdachtes der Urheberschaft am Hochverrathsversuche» zu zwei Jahren Haft verurteilt.[365] Um allen Eventualitäten

[358] s. Anm. 251.

[359] *P. Hofer,* Wehrbauten, 72.

[360] *E. v. Rodt,* Die Veränderungen des Stadtbildes Berns in den letzten Jahrhunderten, in: BBl. 1921, 324.

[361] Vgl. Abbruch des Marzilitores 1855, s. Anm. 88; 1859 Bau der katholischen Kirche *neben* dem Rathaus, s. *A. Meyer,* Neugotik und Neuromanik in der Schweiz, s. Anm. 83, ebd. 125 ff.; 1863 Demolition des Münsterlettners für die Tribüne des eidgenössischen Sängerfestes, s. BTB 1867, Chronik 1863, 429; 1863 Verkauf des Untertorturmes als Mietshaus («Felsenburg»), s. KDM I, 209; 1864/65 Erweiterung der Nydeggkirche, s. KDM V, 246 ff.; 1865 postulierter Abbruch der Französischen Kirche, s. BTB 1868, Chronik 1865, 406.

[362] Regesten II, 35.

[363] *E. F. v. Fischer,* Rückblicke eines alten Berners, Bern 1868, III. f.: «Die allgemeine Ansicht unserer Zeit perhorrescirt die Aristokratie. Von 1480 bis 1798, dreihundert und achtzehn Jahre hat das bernische Gemeinwesen sie festgehalten.»

[364] *A. Henne,* Die Maikäfer. Ein offener Brief an das Berner Volk, Bern 1850, 4: Will sich das Berner Volk «durch süsse Worte abermal täuschen lassen durch eine Partei, welche Bern durch mehr als sechshundert Jahre auf eine Art getäuscht und um alles Glück gebracht, wie die Schweiz kaum ein ähnliches Beispiel aufweisen kann?» – Vgl. ebd. 23: «Es ist dieselbe Partei, die sich durch die ganze Berner Geschichte selbst zeichnet, dieselbe, die sich 1798 (mit des Volkes Blut) vor dem Freierklären des Volkes wehrte (denn hätten sie Rechtsgleichheit erklärt, wie Zürich, Luzern und Basel, so hätten die Franzosen nicht kommen müssen, also auch den Schatz nicht genommen), dieselbe die 1813 in Waldshut mit den Aliirten gegen die schöne Mediationsverfassung komplottirte; dieselbe, die 1832 Hochverrath gegen euere angenommene Verfassung übte und Neuhaus verfolgte bis 1846; dieselbe, die die neue Verfassung in Bern verwarf.» – Vgl. dazu die Antwort *B. F. Fetscherin,* Die Maikäfer des Herrn Prof. A. Henne von Sargans, Bern 1850, 19: durch diese «schmutzige Entdeckung mehr als sechshundertjährigen Luges und Truges» höre «auch die frühere großartige Geschichte Berns auf.»

[365] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 418.

zuvorzukommen, sollten nun auch die Befestigungswerke der Stadt – jene sichtbaren Zeugen, die an die «unselige Zeit der Bevorrechtung» erinnerten[366] – niedergelegt werden. Gleichzeitig nutzte die Regierung die Gelegenheit, der Stadt ihren «Mittelpunktshochmut» abzugewöhnen.[367] Dazu eignete sich vorzüglich der Rückgriff auf die 1803 ausgestellte Dotationsakte, durch welche die Ausscheidung von Staats- und Stadtgütern offenbar zugunsten der Stadt geregelt worden war. Nun hatten sich die Gerichte in jahrelanger Untersuchung mit diesem Thema zu befassen. Auf der Anklagebank saß Altratsherr und Banquier *Ludwig Zeerleder* (1772–1840), der zusammen mit *Gottlieb Abraham v. Jenner* 1798 einen Teil des Berner Staatsschatzes vor dem Zugriff der Franzosen gerettet hatte. Ohne daß über den Verbleib dieser «Schatzgelder» etwelche Klarheit geschaffen werden konnte, endete der Dotationshandel 1839 mit dem Freispruch *Zeerleders.*[368] Zur Frage der Dotation von Staat und Stadt konnte 1841 eine förmliche Übereinkunft erzielt werden. Die städtischen Behörden durften um so mehr aufatmen, als der neue Gemeindepräsident *Karl Zeerleder* (1780–1851), der Bruder des freigesprochenen Altratsherrn, die patrizische Politik in der Stadt konsequent weiterverfolgte.

Das gespannte Verhältnis zwischen Stadt und Land schien sich allmählich zu beruhigen, da trat die liberale Regierung 1846 nach dem Debakel des Freischarenzugs zurück. Sogleich revidierte Bern seine Verfassung von 1831 nach radikalen Maßstäben. An der Ausarbeitung der neuen Verfassung, deren «Haupteigenthümlichkeit» nach Meinung des Altschultheißen *v. Fischer* «in der Einführung des politischen Communismus» bestand[369], hatte sich der erst 26jährige *Jakob Stämpfli* unter dem Patronat seines Lehrers Prof. *Wilhelm Snell* ausgezeichnet. Nun wurde er in den Regierungsrat gewählt und mit der Finanzdirektion betraut. In der Überzeugung, «es dürfte nun endlich im 19. Jahrhundert die finstere Nacht des Mittelalters in einen hellern Sonnentag übergehen»[370], setzte *Stämpfli* entsprechend seiner Devise: «Nie genug fürs Volk» alles daran, die neuen sozialen Wirtschaftsbestimmungen zu verwirklichen. Seine Gegner nannten ihn bald schon den «Totengräber des Bürgertums»[371], während die Patrizier in ihm einen «Kommunisten» witterten, da ja der Kommunismus das «Lieblingskind» des Radikalismus sei.[372] Im Zuge dieser Abgrenzung bildete sich die Partei der «Konservativen». Altschultheiß *v. Fischer* ließ zwar diese neue parteipolitische Bezeichnung nicht gelten, doch sorgten die radikalen Auguren dafür, daß ein solches «Täuschungsmanöver» der Aristokratenpartei rechtzeitig «entlarvt» werden konnte: «Als die Aristokraten im Laufe der Zeit doch endlich bemerkten, daß ihre Partei beim Volke den Anklang verloren hatte, fielen sie darauf, für sich und ihre Schleppenträger einen neuen Namen zu erfinden, der nicht das Gehässige des Wortes «Aristokrat» habe, und nannten sich daher Konservative. Alle die nun der Finsternis und dem Eigennuz zugethan sind, sei es weltlicher oder geistlicher Art, haben sich nun unter diesem Parteinamen zusammengeschaart, und suchen dasjenige, was sie von alten Vorrechten etwa noch gerettet haben, zu konservieren und wo möglich wieder zu vergrößern. Auch abgefallene Liberale haben sich, als man ihnen, um sie schweigen zu machen, einen fetten Knochen, ein schönes Amt ins Maul warf, den Konservativen angeschlossen und nennen sich theilweise konservativ-liberal oder liberal-konservativ. Beides ist Heiri wie Hans, wer sich unter die Bezeichnung konservativ stellt, ist entweder Vorrechtler, Zutrauler, Stellensucher oder Pfaff, seiner Lebtag aber nie liberal.»[373] Zu den ins konservative Lager abgedrängten Altliberalen gehörte auch *Christoph Albert Kurz* (1806–1864); er durfte sich nicht wundern, daß die Radikalen ihn prompt als «gesinnungslosen Stellenjäger», als «Wetterfahne» oder als «Quartalzapfenflüchtling» brandmarkten.[374] Viele Altliberale ereilte das gleiche Schicksal: sie wurden fortan als Schleppenträger, Troßbuben und Lakaien der Aristokraten verunglimpft.[375]

Die neue konservative Partei stellte indessen keine einheitliche Formation dar. Ihr Zusammenhalt schien bereits im Sonderbundskrieg 1847 ernsthaft gefährdet, als die

366 S. Anm. 76.

367 *H. v. Greyerz,* Nation und Geschichte, 210.

368 Vgl. *E. Gruner,* Das bernische Patriziat und die Regeneration, AHVB Bd. XXXVII, Bern 1943, 273 ff.

369 Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 463.

370 *H. v. Greyerz,* Nation und Geschichte, 193: Brief Jakob Stämpflis vom 17. 1. 1841 an Jakob Hodler.

371 *E. Bonjour,* Jakob Stämpfli, in: Die Schweiz und Europa, Basel 1958, 275.

372 *Howald,* 174: «Das aus dem Lateinischen abstammende Wort *konservativ* bedeutet im Deutschen: *haushälterisch, erhaltend, bewahrend,* was zu dem vorhandenen Gut Sorge trägt; während *radikal* von dem ebenfalls lateinischen radix, d. h. Wurzel, kommt und die Tendenz bezeichnet: zu wühlen und das Oberste zu Unterst zu kehren, um im Trüben fischen und die armen, bethörten Mitbürger so lange als möglich beherrschen, ausbeuten und tyrannisiren zu können; deswegen auch ist dem Kommunismus, (dem Lieblingskind des Radikalismus), welcher alle Eigenthumsrechte aufheben möchte und das siebente Gebot: «du sollst nicht stehlen», mit Füßen treten und das Gut Anderer – die es wohl erworben, oder unter Anstrengung, Entbehrung und saurem Schweiß redlich verdient und erspart haben, um es als treue Väter ihren Kindern zu hinterlassen, – unter sich selbst und alle ihnen ähnliche liederliche, faule und gottlose Lottergesellen zu vertheilen beabsichtiget, nichts so sehr zuwider: – als ein konservativer Sinn.»

373 Gukkasten-Kalender 1846, Bern 1845, 57: *Der Konservative.*

374 Der Gukkasten 17. 2./24. 2/5. 5. 1849.

375 Vgl. Gukkasten-Kalender 1846, Bern 1845, 29: «Nichts auf der Welt ist ekelhafter und verächtlicher, als abgestandener oder vielmehr abtrünnig gewordener Liberalismus.»

Patrizier den Verdacht nicht los wurden, heimlich mit den konservativ-rückständigen Sonderbundskantonen zu sympathisieren. Dazu paßte der Ärger darüber, daß ausgerechnet Stämpfli als Zahlmeister jene finanziellen Mittel beschaffte, welche dem Feldzug gegen den Sonderbund zum Sieg verhalfen.[376] Dementsprechend reserviert nahm man in patrizischen Kreisen die Schaffung des neuen Bundesstaates zur Kenntnis. Als dann Ende 1848 die Frage, ob die Stadt Bern die Wahl zum Bundessitz annehmen solle oder nicht, in der Einwohnergemeinde zur Abstimmung kam, regte sich der Widerstand. Mit 419 zu 314 Stimmen entschied sich die Gemeinde jedoch für Annahme des Bundessitzes. Während Altschultheiß *v. Fischer* diesen Beschluß «angesichts der bekannten Gesinnungen der Bundes- und Kantonsbehörden» geradezu als klassischen Schildbürgerstreich einstufte[377], konnte *Jakob Stämpfli* später, 27 Jahre post festum, den konservativen Stadtbernern vorrechnen, daß Bern eine «reine Detailkrämerstadt» geblieben wäre, wenn nicht die Radikalen entschieden für die Annahme des Bundessitzes gestimmt hätten.[378] Der radikale «Gukkasten» seinerseits benützte die Gelegenheit, die patrizische Niederlage einer kritischen Würdigung zu unterziehen. In der Karikatur vom 23. Dezember 1848 (Abb. 59) zeigt sich der radikale Berner Bär in seiner derzeitigen Hauptbeschäftigung; er hat jetzt die ehrenvolle Aufgabe übernommen, die Patrizier in die Kur zu nehmen und ihnen einzeln die Zöpfe abzuschneiden: «Jiz ist Bern glych Bundesstadt, we d'Patrizier scho nid hei welle, Jiz muß me ne d'Zöpf abhaue.» Derartige Zwangsmaßnahmen seien, wie der «Gukkasten» erklärte, schon deshalb unumgänglich, weil die Aristokraten, «wenn sie könnten, heute noch nach der Art der Erlacherhofgeschichte, eine Reaktion anfangen würden.»[379]

Mitten in diese parteipolitische Auseinandersetzung geriet nun, wenn auch zufällig, so doch nachhaltig betroffen, der Berner Christoffel. Nachdem er früher in erster

Abb. 59. Gukkasten 23. 12. 1848.: Der Berner Bär schneidet den Patriziern ihre Zöpfe ab. Lithographie.

[376] Vgl. Berner-Bote 21. 12. 1864; dazu *R. Feller,* Jakob Stämpfli, s. Anm. 357, ebd. 8.

[377] Lebensnachrichten E.F. v. Fischer, 486.

[378] Vgl. *H. Böschenstein,* Jakob Stämpflis letzte Lebensjahre, AHVB XLI, Bern 1951, 38.

[379] Der Gukkasten 23. 12. 1848: «Habt ihr nun eure Patrizier und ihre servilen Troßbuben, heißen sie, wie sie wollen, in ihrer ganzen schnöden Erbärmlichkeit durchschauen gelernt? Habt ihr nun endlich eingesehen, daß sie noch die alten sind, daß sie, wenn sie könnten, heute noch nach Art der Erlacherhofgeschichte eine Reaktion anfangen würden, um durch Bürgerblut über eure Leichen zu schreiten, wenn sie dadurch nur ihre Gewalt erlangen könnten. Denen gilt außer diesem nichts sonst in der Welt. Was fragen sie nach dem Wohle des Landes, nach dem Glük des Bürgers, dem Aufblühen der Industrie und des Akerbaues, nichts, wenn ihre Interesse dabei im Spiele sind und sie fürchten müssen, man möchte etwa einen Blik in ihre Eulennester thun und sie ab mancher saubern Geschichte verscheuchen. Solche Gründe waren es, die machten, daß sie zur Zeit in den Geheimenraths-Manualen viele Seiten herausrissen, damit die dreißiger Regierung, die darauf verzeichneten Schandthaten nicht lesen könne. – Es sind die Patrizier und ihre Troßbuben, die Bern *nicht* zur Bundesstadt wollten! – Kanaillen aus ihnen haben mit Fleiß gegen die Radikalen, die durch die Bank weg mit Leib und Seele für den Bundessiz waren, das Gerücht verbreitet, sie wären dagegen; diese Gemeindsversammlung hat aber nun wieder auf's Neue gezeigt, daß nicht die Radikalen, sondern die Aristokraten aus allen Kräften dagegen waren. – Und wie schlau diese Patrizier das angefangen haben. Zuerst um den Leuten Sand in die Augen zu streuen, gaben die aristokratischen Stadtbehörden ein Bankett, um den Schein zu haben, es liege ihnen wirklich etwas daran, den National- und Ständerath durch Freundlichkeit zu gewinnen. Der eigentliche wahre Grund aber war der: zu sehen, ob durch Bekanntschaftsmachung mit den Mitgliedern dieser Behörden sich nicht etwa eine Aussicht auf eidgenössische Stellen für die Herren Patrizier zeigen würde. Die Bundesstadt wollten sie nicht, weil das das Ausscheiden des Munizipalvermögens nach sich führen, dadurch einen Anlaß geben mußte, einen Blik in die Stadtrechnungen zu thun und weil mit Herausgabe des Vermögens eine Anzahl schöner Verwaltungsstellen an Freisinnige übergehen und überhaupt die Einwohnergemeinde sich dadurch von dem so lange auf ihr liegenden aristokratischen Joch befreien könnte. Darum wollten sie den Bundessiz nicht. Jezt aber wie war es zu machen, dagegen zu sein und ihre Anhänger auch dagegen zu stimmen, ohne daß die Leute es merkten? Die Sache war einfach: in dem Gesez über den Bundessiz standen die Leistungen vorgeschrieben, welche die Stadt, die ihn haben wollte, *unbedingt* übernehmen mußte und deshalb kamen die Herren Aristokraten überein, nur einen bedingten Vorschlag zu machen, knauserige Lv. 300 000 anzubieten und dadurch den Bundessiz geraden Wegs zu verwerfen und ihn in die Hände Zürichs zu spielen...»

Zum Thema «Zopf-Abschneiden» vgl. *Howald,* 120: am 3. März 1850 fand in der Kavalleriekaserne Bern das radikale «Flöhboden-Essen» statt. «Zweckreden und Toaste blieben nicht aus; ja es soll gar einer der Gäste, dem's im Gehirn nicht richtig gewesen, davon gesprochen haben, ob's nicht zweckmäßig wäre, den Aristokraten nicht nur die Zöpfe sondern die Köpfe abzuschneiden.»

Abb. 60. Der Christoffel 13. 2. 1849: Titelvignette. Lithographie.

Linie patrizischen Belustigungen, so für die «wohladelige» Bogenschützen-Gesellschaft am Tag des Papagei[380], gedient hatte, spielte der Riese 1848 beim eidgenössischen Sängerfest eine höchst dankbare Rolle als Baßgeiger. Zwar intonierte er, scheinbar unverfänglich, den populären Takt des Bernermarsches, aber dennoch konnte darüber kein Zweifel bestehen, daß dieser Anlaß ausgesprochen liberal-radikales Gepräge besaß. Die Konservativen, das heißt die «ernsteren Gemüther», hielten sich bewußt abseits, «um, wie sie sagten, von dem Siegesfeste einer seit dem Freischaarenzug herrschend gewordenen Partei nichts sehen und nichts hören zu müssen.»[381] Der Christoffel aber war dank seinem köstlichen Auftritt unweigerlich zu einem Mann des Volkes geworden. Diese Tatsache erklärt auch, warum einige Monate später, anläßlich der Erhebung Berns zum Bundessitz, von liberaler Seite die Restaurierung des volkstümlichen, «vielgeliebten» Torwächters (s. Abb. 8) verlangt wurde. Um so merkwürdiger muß der Versuch konservativer Parteigänger anmuten, den Christoffel nun für ihre eigenen Zwecke in Anspruch zu nehmen. Anfang 1849 erschien in Bern eine Zeitschrift mit dem Namen «Der Christoffel». Die Titelvignette (Abb. 60) präsentierte den baßgeigenden Christoffel, dem jetzt allerdings ein neues Liederrepertoire zur Verfügung stand. Zu seinen Füßen entdeckt man Notenblätter, die allesamt antiradikale Titel tragen: «Schwaben-Canon/allegro», «Finanzpolka», «Verfassungsharmonie» und «Gukkastenwalzer.» Die neue Zeitschrift hatte demnach die Aufgabe, die «Blößen» der Regierungspartei aufzudecken und – dank den vielseitigen Fähigkeiten des Christoffel – lautstark zu verbreiten. Der Baßgeiger erschien nunmehr als Verfechter konservativer, stadtbernischer Interessen.[382] So zielte der «Schwaben-Canon» gegen den aus Nassau stammenden *Wilhelm Snell* (1789–1851), der als Professor des Naturrechts an der Universität Bern[383] die junge radikale «Intelligenz» ausgebildet hatte. Nicht genug damit, daß dieser «Fremdling» an der Verfassungsrevision 1846 maßgebend beteiligt war, seine Schüler und Schwiegersöhne, *Jakob Stämpfli* und *Niklaus Niggeler,* nahmen nun in der bernischen Politik die vordersten Positionen ein, der eine als Regierungspräsident, der andere als Präsident des Großen Rates. Die «Finanzpolka» aber richtete sich gegen die Ausgabenpolitik der Regierung, das heißt gegen die «Verschleuderung» von Staatsgeldern. Um die leere Staatskasse zu sanieren, bedurfte es neuer Einnahmequellen. Zu diesem Zweck hatte Finanzdirektor *Stämpfli* eben erst versucht, der Stadt Bern die Burgunderteppiche wegzunehmen, um diese kostbaren Trophäen des alten Bern ins Ausland zu verkaufen.[384] Selbst wenn es den Konservativen gelungen war, diesem Anschlag zuvorzukommen, so blieben ihnen anderweitige Sorgen nicht erspart, zum Beispiel die satirisch-radikale Zeitschrift «Der Gukkasten», dessen unverschämte Angriffe die Berner Patrizier ständig in Atem hielten. Hier sollte jetzt der «Gukkastenwalzer» Abhilfe schaffen.

380 S. Anm. 40, 41.

381 *Howald,* 64.

382 Die Zeitschrift erschien nur vom Februar bis April 1849; die Vignette mit dem baßgeigenden Christoffel wurde für die ersten 3 Nummern verwendet. – Vgl. die Reaktion des «Gukkastens» betreffend Lithograph Schaffner, s. Der Gukkasten 24. 2. 1849.

383 Vgl. Gukkasten-Kalender 1846, Bern 1845, 115 ff. – Zu Wilhelm Snells hegelianisch geprägtem Glaubensbekenntnis vgl. aus konservativer Sicht *Howald,* 87: «Die Volksmajestät, unter die soll Alles sich fügen und vor ihr Alles beugen. Das heilige Naturrecht zeigt dem freien Menschen den Adlersflug, den er nehmen soll; im Naturrecht ist die wahre Religion. Gott Vater, das ist die Freiheit, Gott Sohn, das ist die Brüderlichkeit, und Gott der heilige Geist, das ist die Gleichheit; das und nichts anders ist die Dreieinigkeit der Demokratie.»

384 Vgl. *Durheim,* 268: «Anfang 1849 erstattete der Militär-Direktor dem Großen Rat Bericht über die Untersuchung, betreffend die Burgunder-Teppiche, die sich in Verwahrung der Burgerschaft von Bern befinden. Stämpfli will diese Teppiche auf jeden Fall als Staatseigenthum reklamieren, und diese Angelegenheit zur Untersuchung an die Finanzdirektion überweisen. Da nun aber constatirt ist, daß diese Trophäen in gutem und rechtlichen Besitz aufbewahrt sich befinden, so hatte die Begehrlichkeit auch keine weiteren Folgen.» – Nachdem bereits 1847, zur feierlichen Eröffnung der Tagsatzung in der Heiliggeistkirche, die Burgunderteppiche als stimmungsvoller Hintergrund des Präsidentensitzes Verwendung gefunden hatten, wurden sie 1849 – wohl im Zusammenhang mit Stämpflis Umtrieben – im Berner Münster der Öffentlichkeit vorgestellt: «Von nun an bis zur letzten Woche vor der nächsten heiligen Zeit werden in dem Chor der Münsterkirche die von Karl dem Kühnen in den Schlachten von Granson und Murten eroberten Alterthümer gegen eine kleine Gabe gezeigt, wozu die Liebhaber ehrerbietigst eingeladen sind.» (Intelligenzblatt 9. 6. 1849)

Im Frühjahr 1850 trieb der Parteienstreit im Hinblick auf die Großratswahlen einem neuen Höhepunkt zu. Im Namen des Christentums zogen die Konservativen in den Kampf gegen die atheistischen, sozialistischen und kommunistischen Machenschaften der Radikalen. Auf der Gegenseite rüstete man sich wider jene «patrizisch-konservative Partei, die das Bernervolk Jahrhunderte lang am Gängelband führte und durch furchtbaren Trug dessen Reichthümer an sich zog.»[385] Am 25. März 1850 marschierten die Parteivölker nach Münsingen, um hier – in Erinnerung an die denkwürdige Volksversammlung vom 10. Januar 1831 – ihre Kundgebungen durchzuführen. Die Konservativen, unter ihnen die Stadtberner mit Oberst *Kurz* an der Spitze, versammelten sich, begleitet von den Klängen des Bernermarsches, auf der Leuenmatte. In unmittelbarer Nähe, auf der Bärenmatte, rückten die Radikalen, etwa 6000 Mann stark, zusammen; hier vernahm man die Töne der Marseillaise, während *Jakob Stämpfli* an seine Getreuen die Warnung richtete, den leeren Versprechungen der Reaktionäre keinen Glauben zu schenken. Auf der Gegenseite lauschten an die 12 000 Konservative den Parolen gegen das radikale «Maulheldentum» und gegen die neue «Aristokratie der Nassauer». Die Losung hieß: «Weg mit den fremden Intriganten, Nassau fort!» In seiner Rede betonte jedoch Eduard Blösch, man wolle weder eine «weiße Sonderbündlerei» noch eine radikale «Zwingherrschaft», das Ziel der Konservativen sei vielmehr eine «gemäßigte Liberalität» und dies auf der Basis der Verfassungsrevision von 1846 und in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung von 1848.[386]

Bei den Wahlen vom 5. Mai 1850 schwangen die Konservativen überraschend obenaus. Der Jubel der Sieger kannte keine Grenzen: «Gottlob, wir athme wieder frei, Die jungi Burg ist g'falle! All überall tönt Siegsgeschrei U Freudeschüß erschalle...»[387] Am 1. Juni 1850 trat der neugewählte Große Rat im Berner Rathaus zusammen. Rund ein Viertel der konservativen Großräte war patrizischer Herkunft. Dazu gehörte auch Altschultheiß *v. Fischer,* der jetzt wieder in die kantonale Politik zurückkehrte.[388] Am gleichen Tag, da sich der Große Rat neu konstituierte und Oberst *Kurz* zu ihrem Präsidenten erkor, erschien ein Flugblatt, das «die Erhebung Berns und des Deutschmichelthums Schwanengesang» vergegenwärtigen sollte (Abb. 61).[389] Dieses Lied zierte eine Vignette, welche – karikaturistisch verzerrt – die Abreise des Professors *Wilhelm Snell* darstellte. Ausgerüstet mit der Jakobinermütze und mit dem Judenstern verkündet der Ausgewiesene immer noch selbstbewußt: «2 Mal hab ich die Republik gerettet, dieselbe lag auf meiner Hand!» Am Boden sieht man die zerrissene «Pension L. 2800»; sie erinnert daran, daß *Wilhelm Snell* bereits 1845 von der bernischen Regierung des Landes verwiesen, 1846 aber von den radikalen Nachfolgern sofort rehabilitiert und mit einer stattlichen Pension belohnt worden war.[390] Ein Wegweiser zeigt jetzt die schicksalhaften Stationen: da Münsingen, dort Nassau, wo den Umstürzler und «Freiheitsapostel» der Galgenstrick erwartet. Doch vor der Abreise wird dem unliebsamen Professor noch ein kräftiger Fußtritt versetzt. Und falls dies nichts nützen sollte,

[385] Zit. n. *Th. Weiß,* Jakob Stämpfli, Bd. 1, Bern 1921, 545.

[386] Ermahnungen an die achtbaren Mitbürger auf conservativer Seite, Bern 1850, 3: «Mitbürger! Traut jetzt keinem Nassauer, wenn er auch noch so schön mit Scheingründen schmeichelt und wenn sie Euch sagen: die Aristokraten und Sonderbündler wollen wieder frisch aufleben, so fragt: welche? Etwa die weiße rabulistische Sonderbündlerei? Traut keinem Solchen, der mit Scheingründen die Souveränität unter dem Schein des Rechts zu umgehen weiß. Wir wollen weder eine Aristokratie noch eine Sonderbündlerei; aber auch keine weiße Sonderbündlerei, oder eine radikale Zwingherrschaft, nein, solches wollen wir nicht, sondern eine gemäßigte Liberalität und eine gerechte Volkssouveränität.»

[387] Zit. n. *Howald,* 156.

[388] Ebd. 161: «mit welch' freudiger Überraschung erblickte der ächte Freund des Vaterlandes, unter vielen hochachtungswürdigen Männern im Rathhause zu Bern auch wieder den Herrn Alt-Schultheiß Fischer, den die braven Brienzer gewählt hatten.»

[389] *Die Erhebung Berns und des Deutschmichelthums Schwanengesang.*

I. Stimmt an ihr Berner alle,
Ein fröhlicher Rundgesang;
Daß Berg und Thal erschalle,
Die Sach ist nun im Gang.

II. Hoch leb' der erste Juni,
Er sorgt für's Volkes Wohl;
Trotz jedem hönne Brumi,
Schenkt man die Gläser voll.

III. Mit Nassau hats jetzt böset;
Es macht e wüste Sprung;
Und Bern wird nun erlöset,
Vom deutschen Michelthum.

IV. Wir wei d'Regierieg schützen,
Wenn sie gerecht regiert;
Doch thut sie uns nichts nütze
Heißts wieder abmarschiert.

V. Fort mit den wilden Enten,
Dem fremden Flüchtlingsheer
Den Schreibern und Agenten,
Sie schoren uns zu sehr.

VI. Sie hei so übel ghuset
Für ihre Gurgel gsorgt
Daß einem wirklich gruset
Drum heißts jetzt, mit ne fort.

Vgl. dazu *L. Lauterburg,* Übersicht der aus Anlaß der Maiwahlen 1850 im Kanton Bern erschienenen Druckschriften, in: BTB 1853, 214, Nr. 91. Vgl. Anhang 46. IV.

[390] Vgl. Brief eines Landmanns im Emmenthal, veranlaßt durch die Maiwahlen 1850, Bern 1850, 2: «und wie (er) an manchen Orten früher angestellt gewesen und dann endlich in Bern an der Hochschule mit einer Besoldung von L. 2800 jährlich angestellt worden, wie er sich da aufgeführt hat und, als alle Warnungen nichts halfen, von der abgetretenen Regierung endlich abberufen worden ist. Als aber die 46er Regierung kam, wurde ihm von dem Tage der Abberufung an jährlich L. 2800 Pension zum Versaufen zugesichert. Also muß nun das Bernervolk für diesen fremden Säufer jährlich L. 2800 zusammenschwitzen. Aber dies

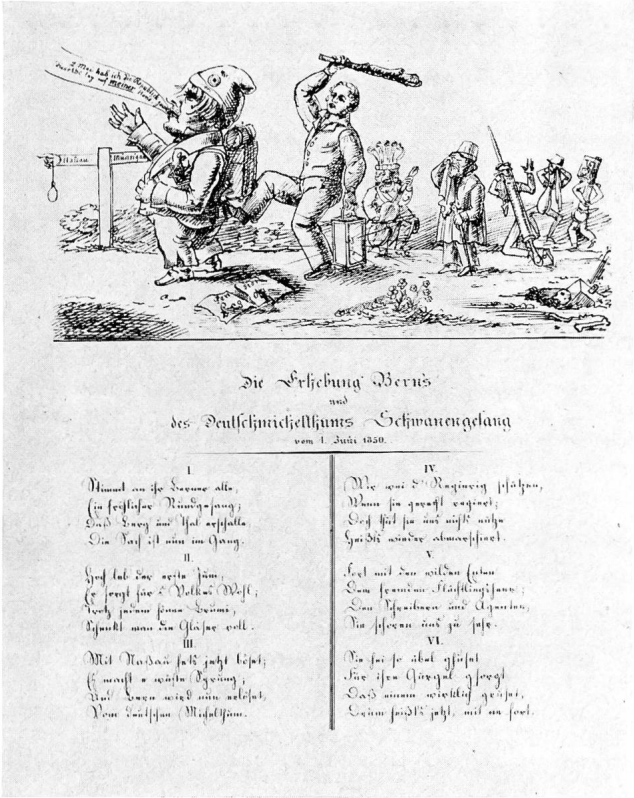

Abb. 61. «Die Erhebung Berns und des Deutschmichelthums Schwanengesang.» Flugblatt vom 1. 6. 1850. Lithographie (Historisches Museum Bern)

steht dem Austreiber auch noch eine Keule zur Verfügung. Mit diesem Austreiber ist offenbar Eduard Blösch gemeint[391], denn er hat, wie die Laterne in seiner linken Hand beweist, die Aufgabe übernommen, Licht in die radikal-dunklen Verhältnisse zu bringen. Im Hintergrund beklagen die geschlagenen Radikalen das traurige Los ihres geistigen Oberhauptes, während Christoffel einmal mehr zur Baßgeige aufspielt. Er verfolgt die Ausweisung mit offenkundigem Grinsen, hatte er doch schon ein Jahr zuvor in seiner gleichnamigen Zeitschrift diese «Michel-Kolik» vorausgesagt.[392] Seine Erwartungen sind jetzt erfüllt, denn «Bern wird nun erlöset vom deutschen Michelthum!»[393]

Die unerwartete Wahlniederlage ließ die Radikalen nicht zur Ruhe kommen, im Gegenteil. *Jakob Stämpfli* veröffentlichte gleich sein «Finanzbüchlein», worin er seine Ausgabenpolitik für die Zeit 1846–1850 rechtfertigte und gleichzeitig ankündigte, er werde in den nächsten vier Jahren alles unternehmen, um das Finanzgebaren der Aristokraten zu bekämpfen. Vom Ausgang dieses Kampfes aber werde «die Entwicklung aller übrigen geistigen und materiellen Interessen des öffentlichen Lebens» abhängen.[394] Anfang 1851 inszenierte er die «Millionenagitation»; sie sollte die alte Frage nach «dem traurigen Schicksal des berühmten bernischen Staatsschatzes» neu zur Sprache bringen. Als Grundlage dazu diente die ausführliche Schrift: «Dotationsgeschichte oder Beiträge zur politischen und Finanzmoral des Patriziates, von 1798

ist noch nicht das Schlimmste an diesem Manne, dessen Tochtermänner die Herren Niggeler und Stämpfli sind; denn er und sein Bruder Ludwig und ihr Anhang waren vermuthlich schon seit vielen Jahren Freunde mit den fremden Flüchtlingen, bis diese in ihrer Heimath Revolution angefangen, welches dann die bekannten traurigen Folgen des Bürgerkriegs hatte und die entsetzlich vielen Flüchtlinge hieherzog.» – Vgl. dazu: Auch ein Bernerlied für Stadt und Land, Bern 1850, 2: «Fremde Säufer, junge Schnäutzler machen jetzt uns das Gesetz. Unser Staatsgut wird vergremplet, die Finanzen sind verstämpflet.»

391 Vgl. Porträt Eduard Blösch's, in: BTB 1869 (Titelbild). Eine anschauliche Übereinstimmung zwischen diesem Porträt und dem Austreiber des Flugblattes kann zwar nicht bewiesen werden, doch kommt die Rolle des Austreibers zweifellos dem neuen Regierungspräsidenten Blösch zu. Die Alternative, Beat Rudolf v. Lerber (1788–1849) als den wahren Austreiber zu bezeichnen, weil die von Fremdenhaß gegen die «Deutschlinge» getragene Propaganda mit dem Motto «Nassau fort!» maßgeblich durch den Gründer des «Schweizerischen volksthümlichen Vaterlandsvereins» bestimmt wurde, führt nicht weiter. B.R. v. Lerber konnte die Früchte seiner Hetzkampagne gegen die deutschen Parteigänger des Radikalismus nicht mehr ernten: er starb noch vor den Maiwahlen 1850. Vgl. *K. Urner,* Die Deutschen in der Schweiz, Frauenfeld 1976, 187 ff. Abb. 192 f.

392 Der Christoffel, 12. 2. 1849: «Warum seit der Professor Snell geng er haig d'Regierig uf der Hand? – Der alt Snell meint drum geng, d'Tochtermänner syge d'Regierig; er het halt d'Michel-Kolik.»

393 S. Anm. 383. – Die radikale Seite betonte dagegen – in Würdigung der Lehrtätigkeit Wilhelm Snells –, daß sich die demokratische Entwicklung seit 1830 nicht rückgängig machen ließe: «Die Herren von der Stadt Bern und den Städten überhaupt wissen, was ihnen den Hals gebrochen hat; es ist die mit auf den Schauplatz getretene Intelligenz mitten aus dem Bauern- und Arbeiterstand.» s. *J. Stämpfli,* Finanzbüchlein für das Bernervolk, zugleich eine Antwort auf den Finanzbericht der Regierung, Bern August 1850, 18.

394 *J. Stämpfli,* Finanzbüchlein, s. Anm. 393, ebd. 5: «Der Verleumdungen gegen die Volksregierungen der 30r und 46r Periode sind seit 1831 von den Schwarzen aus so viele ergangen; über den Verfall der Religion, der Sittlichkeit, der Achtung vor dem Gesetze, über die Polizeilosigkeit, die vielen Schreiber und Advokaten, über die vielen Wirthschaften, die kostspieligen Schulen, über die Zunahme der Armen und über Vieles mehr wurde und wird so viel geklagt, daß das Volk am Ende zu dem Glauben kommen muß, es sei allerdings nicht fähig, sich selbst zu regieren, sondern es thue besser, der Aristokratie sich wieder in die Arme zu werfen. Diese Seite betrachten wir als die gefährlichste an dem ganzen Finanzberichte; die düstere Schilderung des Finanzzustandes soll das neue Finanzsystem bei dem Volke in Frage stellen; die Darstellung ist so angelegt, das Alles sich nun auf die Frage zusammendrängt: soll das Finanzsystem auf der begonnenen demokratischen Grundlage ausgebildet und fortentwickelt werden, oder will man umwenden und wieder dem Finanzsystem der Aristokratie zusteuern. Um diesen Punkt vorzüglich wird sich die nächsten vier Jahre der Kampf zwischen den Weißen und Schwarzen, zwischen der Volkspartei und der aristokratischen Partei drehen, und von dem Ausgang dieses Kampfes hängt so zu sagen die Entwicklung aller übrigen geistigen und materiellen Interessen des öffentlichen Lebens ab.»

bis zum Dotationsvergleich von 1841.» *Stämpfli* schilderte hier in grellen Farben die Abfolge patrizischer Betrügereien, Verrätereien, Fälschungen und Verschwörungen und forderte erneut Auskunft über den Verbleib der 1798 geretteten Staatsgelder. Den Patriziern warf er vor, daß diese noch immer an ihrer «Vorrechtler-Religion» festhielten. Sie hätten deshalb 1831 die dargebotene Hand zur Versöhnung schnöde zurückgewiesen und kurz darauf die Erlacherhofverschwörung angezettelt. Die Verantwortung für diese Politik trage der «letzte Schultheiß des Patrizierregiments, Fischer, der politische Führer des Patriziats zur selbigen wie zur heutigen Stunde.»[395] Auf der «Leuenmatte» in Münsingen habe die «schwarze Reaktion» das Bernervolk getäuscht, denn «so lange es eine Patrizierkaste, so lange es Patriziergelüste und so lange es «gerettete» Millionen gibt in der Stadt Bern, wird und kann es nichts werden aus einem wahrhaften Frieden zwischen Stadt und Land.»[396]

Mit der Schrift: «Herr Stämpfli und die Millionen. Wer hat gesammelt und wer hat zerstreut» antwortete Altschultheiß *v. Fischer* dem «gewissenlosen Ankläger des Berner Patriziats.»[397] Da Herr Stämpfli auf «geschichtliche Grundlagen» nicht viel halte, sei es gar nicht nötig, auf die Dotationsgeschichte näher einzutreten. Vielmehr müsse gefragt werden, ob etwa die Verfassung von 1846 bestimmte Vorrechte enthalte, «wie sie zu keinen Zeiten erlebt worden sind, d.h. Willkür in Anspruch nehmen, Verbrechen zu erdichten und vorauszusetzen, um gegen eine Zahl von Staatsbürgern Haß und Verfolgung einzuleiten? das Vorrecht, als Ankläger, nach Erklärung unversöhnlicher Feindschaft, die Eigenschaft des Richters, mit Ausschluß aller Unpartheiischen an der Untersuchung, in Anspruch zu nehmen?»[398] Obwohl sich der Begriff «Patrizier» rechtlich gar nicht erst definieren lasse, werde nun eine ganze Klasse von Staatsbürgern diffamiert.[399] Es müsse jetzt befürchtet werden, daß diese Agitation ihre Früchte trage: «Die ganze Bitterkeit derselben in dem Vorrathe von Entzweiung, Mißtrauen und Haß, in der Erschütterung alles Glaubens an Treue und Recht, in der Gefährdung alles Besitzes, wird unser Volk erst später recht inne werden.»[400] Diese Ausführungen wurden gleichzeitig durch eine wortreiche Kampfschrift unterstützt, in der Alt-Lehenskommissär *Rudolf Wyß* die wahren Motive Stämpflis aufzuklären suchte. Stämpfli beabsichtige nichts anderes, als durch die Schatzagitation dem «rothradikalen Regiment» die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen.[401] In der Tat versuchte Stämpfli im Frühjahr 1852 in einer großangelegten «Abberufungskampagne», die konservative Regierung zu stürzen. Doch das Unterfangen der radikalen Opposition wurde in einer Volksabstimmung knapp zu Gunsten der Konservativen entschieden. Mit radikalen Mißerfolgen endeten aber auch die verschiedenen Prozesse, die sich Stämpfli mit seinen Attacken eingebrockt hatte.[402] Durch 48

[395] *J. Stämpfli,* Dotationsgeschichte oder Beiträge zur politischen und Finanzmoral des Patriziats, von 1798 bis zum Dotationsvergleich von 1841, Bern 1851, 169; vgl. ebd. 145: bei den Volkswahlen von 1831 reichte das Bernervolk «den Herren Patriziern die treue, biedere Hand zur Versöhnung dadurch, daß es eine sehr große Zahl derselben in den Großen Rath wählte. Allein die gnädigen Herren wiesen die dargebotene Hand schnöde zurück und schlugen die Wahl aus, um nicht vom Volk annehmen zu müssen, was nach den Lehren der Vorrechtler-Religion ihnen von Gottes Gnaden gehörte. An der Spitze der Ausschlagenden stand der Altschultheiß Fischer, v. Graffenried, Dr. Hahn u.s.w. Das war die «Aussöhnung», welche die Herren in ihrer Proklamation dem Volke empfahlen.»

[396] Ebd. 158.

[397] Lebensnachrichten E.F. v. Fischer, 512.

[398] *E.F. v. Fischer,* Herr Stämpfli und die Millionen. Wer hat gesammelt und Wer hat zerstreut?, Bern 1852, 3, 18.

[399] Ebd. 20 f.: «Also keck aufgetreten! und zwar gegen das «Patriziat» und die «Patrizier». Jedes Kind meint zu wissen, was unter Patriziern zu verstehen sei, so kann kein Richter es bestimmen, und wenn viele Einzelne der öffentlichen Meinung zufolge als Patrizier angesehen werden, nach dem Begriffe der im Jahr 1798 aufgestellt war, so kann sich hingegen keiner dem Richter gegenüber als solcher legitimieren. Allerdings war vor 1798 die Gesammtburgerschaft von Bern das eigentliche Landespatriziat, aber eben in dieser Burgerschaft hatte sich der Begriff einer Scheidlinie zwischen Patriziern und Nicht-Patriziern infolge einer Verschiedenheit in der gesellschaftlichen Stellung und der Lebensweise zum Unglück Aller ausgebildet. Also war ein solcher Angriff um so geschickter, als er gefahrloser war, so lang die Staatsgewalt einer solchen Aufstachelung gegen eine Klasse von Staatsbürgern zusehen wollte, und sogar diesem Zusehen eine Deutung beigelegt werden konnte, welche demselben am entferntesten sein sollte...»

[400] Ebd. 24.

[401] *R. Wyß,* Geschichte des Stadt- und Staatsgutes der alten Republik Bern, seit dem 4. März 1798. Bern 1851, 4: «Dieser Mann weiß, daß das Volk, wenn man ihm Geld und Gold und Millionen vorspiegelt, leichtgläubig zuhört und sich durch den blendenden Schimmer aufregen läßt; er weiß, daß es nur zu empfänglich ist, das Gift des Verdachtes und der Verläumdung in sich aufzunehmen. Dem Volke Mährchen von noch zu hebenden Schätzen vorzuerzählen; würdige Männer, die in Zeiten des Krieges, der Landesnoth und allgemeiner Rathlosigkeit, vor mehr als fünfzig Jahren, bei uns in den Riß standen und größeres Unglück aller Art von dem Vaterlande abwandten, jetzt noch im Grabe zu beunruhigen, ihren guten Namen zu schänden, ihre Treue und Ehrlichkeit zu verdächtigen; dieses Alles scheut er nicht, wenn es nur seinen Zwecken dient. Er hat aber nur einen Zweck: politische Wühlerei; er hat nur ein Ziel: seine Herrschsucht zu befriedigen. Zu diesem Zweck und zu diesem Ziele ist ihm jedes Mittel gut; und das Mittel, das er jetzt gebraucht und durch alle Kanäle der Wühlerei in Bewegung setzt, ist eben das, daß er dem Volke, welches er für leichtgläubig und mißtrauisch hält, Gold und Geld und Millionen vorspiegelt, die nirgends sind, daß er vermittelst solcher falscher Vorspiegelungen die Leichtgläubigen und Mißtrauischen bethört, und daß er das Land in ein künstliches Fieber zu versetzen sucht, welches zwar keine Millionen ans Tageslicht fördern kann, aber uns unter das Joch eines rothradikalen Regimentes zurückführen sollte.»

[402] Vgl. *Th. Weiß,* Jakob Stämpfli, s. Anm. 385, ebd. 369; vgl. *G. Bohnenblust,* Emanuel Friedrich von Fischer, Slg. Bernischer Biographien Bd. 4, Bern 1902. 631: «Der Verläumdung schuldig erklärt, wanderte Stämpfli ins Gefängnis, kam aber mit dem Glorienschein des Märtyrers wieder heraus und avancierte kraft dieses Beweises seines Vollblutradikalismus sogleich nachher zum Nationalratspräsidenten.»

Einzelkläger in die Enge getrieben, fand sich Stämpfli in einem sogenannten «Musterprozeß» zum Widerruf seiner Anschuldigungen gegen die Berner Patrizier bereit.[403] In der Zwischenzeit hatte sich erst der Regierungsrat, dann der Große Rat – mit einer von Oberst *Kurz* präsidierten Kommission! – der leidigen «Schatzgelderfrage» zu widmen. Am 9. März 1853 kamen die Experten und mit ihnen die Behörden zum Schluß, daß die von Stämpfli zitierten Vorwürfe nicht gerechtfertigt seien. Die gehässigen Verdächtigungen waren damit aber, wie Altschultheiß *v. Fischer* feststellen mußte, keineswegs zum Schweigen gebracht: «Stämpfli se rue sur moi en toute occasion.»[404]

Um das frostige Klima unter den Parteien zu mildern, schien nichts geeigneter, als die 1853 stattfindende 500-Jahr-Feier der Zugehörigkeit Berns im Schweizerbund zum Anlaß parteipolitischer Versöhnung zu erklären. Der patrizische Flügel der Konservativen war indessen davon überzeugt, man werde sich hier nur politische Demütigungen von Seiten der Bundesbehörden zuziehen. Altschultheiß *v. Fischer* hielt es für besser, diesen Tag «als Fasttag in Sack und Asche» zu begehen.[405] Demgegenüber erklärte Oberst *Kurz* in seiner Festrede: So wie der Bund der Eidgenossen 1848 erneuert wurde, die Liebe zum gemeinsamen Vaterland aber unwandelbar geblieben ist, so hat sich auch die Stadt Bern äußerlich verändert; «die steinerne Stadt ist eine andere geworden, als sie früher gewesen, aber so wenig ihr Grund und Boden gewandet hat, hat ihr Herz sich verändert; andere Zeiten, andere Bedürfnisse und Formen!»[406]

Der Wandel der Zeit hatte sich bereits 1852 in der Frage der Konzession für die Eisenbahn im Kanton Bern angekündigt. Im Großen Rat kamen die gegensätzlichen Meinungen über Fortschritt und Zeitgeist klar zum Ausdruck. *Jakob Stämpfli* galt seit langem als entschiedener Verfechter des neuen Verkehrsmittels: «Für ein ackerbau-, industrie- und handeltreibendes Volk, das erzeugt und verbraucht, kauft und verkauft, der Hin- und Herbewegung, der Ein- und Ausfuhr bedarf, ist Schnelligkeit und Wohlfeilheit des Transportes eine Grundbedingung der Erhaltung und Entwicklung des Nationalwohlstandes.»[407] Altschultheiß *v. Fischer* betonte dagegen in einer vielbeachteten Rede, es müßten nebst technischen, wirtschaftlichen und klimatischen Vorbehalten auch politische Bedenken berücksichtigt werden. Denn die Eisenbahn sei jene Einrichtung, «durch welche mit der Zeit die Unabhängigkeit der kleinen Staaten vermittelst der Lokomotive zum Lande hinaus geführt werde.»[408] Diese Stellungnahme wollte *v. Fischer* sozusagen als «Warnung in der eilften Stunde» verstanden wissen.[409] Er konnte darauf zählen, daß seine Auffassung von einem großen Teil der Bevölkerung, sei es auf dem Land oder in konservativen Kreisen der Stadt, geteilt wurde. Die schärfste Formulierung erzkonservativer Ablehnung stammt vom Historiker *Johann Ludwig Wurstemberger,* der mit dem Altschultheißen eng befreundet war: «Der Furor Dampf ist nun einmal eine prädominierende Raute der Harlequinsjacke des Zeitgeistes und wird der Aufklärung beigezählt.»[410] Der Große Rat vermochte indessen solchen Befürchtungen keinen Glauben zu schenken und verwarf den Antrag *v. Fischer* mit 146 gegen 21 Stimmen. Die Verlierer waren die Konservativen, da ihre Partei, «vom materialistischen Geist angesteckt»[411], zum Teil ins Lager der radikalen Befürworter wechselte. So beteiligten sich die Burgergemeinde mit Fr. 200 000.– und die Zünfte gar mit Fr. 300 000.– am Aktienkapital der Centralbahn, um der Stadt Bern den Anschluß an das Eisenbahnnetz zu sichern. Die Behauptung, daß «die Radikalen oft sehr konservative und ihre Gegner nicht minder häufig radikale Tendenzen verfolgten»[412], erwies sich als trügerische Zuversicht. Denn in dem Maß, als die Konservativen unter sich uneins waren, gewannen die Radikalen ihre frühere Vormachtstellung zurück. Mit Genugtuung konnte die Partei des «entschiedenen Fortschritts» zur Kenntnis nehmen, daß selbst konservative Auguren die künftige Entwicklung durchaus realistisch einschätzten: «Vergessen wir übrigens nicht, daß die Stadt Bern infolge der Eisenbahn bedeutenden Veränderungen in socialer, gewerblicher und – ja freilich auch in politischer Beziehung entgegengeht, die durch keine Jammerreden aufgehalten werden. Wäre es nun nicht zweckmäßig und klug, schon jetzt sich darauf vorzubereiten? schon jetzt die Bahn zu ebnen? damit die Umgestaltung nicht wie ein Blitz aus heitrem Himmel als eine Art Revolution im Sturm daherbrause und manches wirklich Gute aus der alten Zeit ebenfalls zerstört? Man bedenke dieses wohl.»[413]

Die Großratswahlen von 1854 brachten den Konservativen nur eine äußerst knappe Mehrheit. Dank der Vermittlung von Oberst *Kurz* kam daher eine «Fusion» mit den Radikalen zustande. Jakob Stämpfli kehrte in den Regierungsrat zurück und übernahm die Baudirektion.

[403] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 512; *Th. Weiß,* Jakob Stämpfli, s. Anm. 385, ebd. 402 f.: Vergleich vom 17. 1. 1853.
[404] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 504.
[405] Ebd. 527.
[406] Vgl. BTB 1854, Chronik 1853, 275; dazu *H. v. Greyerz,* Nation und Geschichte, 218.
[407] *J. Stämpfli,* Die bernischen Eisenbahnfragen, Bern 1858, 3; vgl. *K. Geiser,* Vierzig Jahre Bernischer Eisenbahnpolitik, Bern 1892, 14.
[408] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 525 f.
[409] Ebd. 526.
[410] *Ed. v. Wattenwyl,* Oberst Johann Ludwig Wurstemberger (1783–1862). Ein bernisches Charakterbild, in: BTB 1865, 43.
[411] *H. v. Greyerz,* Nation und Geschichte, 219.
[412] *Ludwig Lauterburg,* Vorbemerkung zur Chronik der Jahre 1850/51/52, in: BTB 1854, 293.
[413] Intelligenzblatt 11. 12. 1855.

Altschultheiß *v. Fischer* aber war «der Passagier, der um das Schiff der Fusion flott zu machen, über Bord geworfen werden mußte.»[414] Durch radikale Umtriebe, in die zuletzt auch Oberst Kurz verwickelt war, verlor *v. Fischer,* zusammen mit *Theodor Zeerleder,* sein Großratsmandat im Wahlkreis Brienz.[415] Die hinterhältigen Vorgänge führten dazu, daß die «graue Eminenz» der Konservativen sich ins Privatleben zurückzog. Als Mitglied der evangelischen Kantonssynode und als Präsident des städtischen Armenvereins blieb der Altschultheiß weiterhin eine einflußreiche Persönlichkeit. Den politischen Anfeindungen, denen er als Politiker ausgesetzt war, konnte er sich gleichwohl nicht entziehen, sei es, weil die Synode aus radikaler Perspektive zum «Lager des reaktionären Stabilismus» gehörte[416], oder weil die Armenpflege jetzt gerade durch gesetzliche Maßnahmen tiefgreifende Änderungen erfahren sollte. Von besonderem Interesse scheint die Feststellung, daß dabei auch der Christoffelturm unliebsamen Gesprächsstoff liefern sollte. Ende 1855 hatte die eben erst gegründete Magdalena-Stiftung – als «Rettungsanstalt für gefallene Mädchen» – ihre vielversprechende Tätigkeit im Waschhaus beim Christoffelturm aufgenommen. «Unter Leitung von Jungfer Hertig, Wäscherin im Christoffelthurm», sollten hier «die aufgenommenen Dirnen das Waschen und Glätten lernen und durch Lehre und Beispiel auf den Pfad der Tugend geführt werden.»[417] Den reumütigen Sünderinnen wurden erst noch detaillierte Bußbekenntnisse abverlangt, das heißt: Sie sollten nicht nur ihre eigenen Verfehlungen bekennen, sondern auch die Namen ihrer Verführer preisgeben. Die Tatsache, daß auf diese Weise gerade Schulinspektor *Antenen* schwer belastet wurde, erregte in der Öffentlichkeit um so größeres Aufsehen, als der Angeschuldigte sich sogleich zur Wehr setzte. In einem vieldiskutierten Prozeß wurde sodann, wie zu erwarten war, das «pietistische» Vorgehen der Magdalena-Stiftung allgemein aus prinzipiellen Gründen verurteilt.[418] Da gleichzeitig die Nachricht kursierte, daß der von Altschultheiß *v. Fischer* präsidierte Armenverein die Magdalena-Stiftung finanziell unterstützt habe, erhielt die Affäre zwangsläufig den Anstrich einer parteipolitischen Auseinandersetzung. Denn weit gravierender als solche Skandale, welche das Waschhaus beim Christoffelturm zum berüchtigten Schlupfwinkel konservativer Denunzianten stempelten, war für den Armenverein die Reform des Armenwesens. Das neue, 1855 von Regierungsrat *Carl Schenk* (1823–1895) vorgestellte und 1857 vom Großen Rat ratifizierte Armengesetz verfügte nämlich die Trennung der örtlichen und der burgerlichen Armenpflege. Nicht mehr die Heimatgemeinde, sondern die Einwohnergemeinde sollte sich um die Armengenössigen[419] kümmern. Die Konservativen witterten sofort «Eigenthumsgefahr»: das neue Gesetz sei «ein durch und durch radikales, dem Socialismus zusteuerndes Werk.»[420] Die radikale Seite blieb die Antwort nicht schuldig. Nach den Vorstellungen der Konservativen wäre die Regierung «von Gottes und Rechts wegen» wohl nur dazu da, um «vor dem gräulichen Burgerzopf Schildwache zu stehen und *wer-da* zu schreien, wenn jemand diesen Zopf anrührt oder ihm nahe kommt, oder ihn schief ansieht, oder darüber zu lachen wagt.»[421] Auch Altschultheiß *v. Fischer* mißbilligte die Reform, da sie «einen unheilbaren Schlag gegen den Armenverein» darstelle[422], obwohl die Burgergemeinden nach wie vor ihre eigene Armenfürsorge weiterführen durften. Regierungsrat *Schenk* bezeichnete denn auch dieses Entgegenkommen als «Christoffelturmprivileg», das Recht nämlich, «alten Christoffeltürmen gleich zum Gedächtnis früheren Baustils mitten in den modernen Straßen in die Luft zu ragen.»[423]

Der Meinungsstreit um das Armengesetz ließ deutlich erkennen, daß die Radikalen sich wieder auf dem Vormarsch befanden. Ende 1854 war *Jakob Stämpfli* in den Bundesrat und 1857, trotz Verzögerung durch den «Papierkorbhandel»[424], zum Bundespräsidenten gewählt worden. Dank seiner unerschrockenen Haltung gegenüber Preußen in der Neuenburger-Frage (1856) umgab ihn jetzt die Aura des «populärsten» Schweizers.[425] Zugleich durfte er erfreut feststellen, daß seine kantonalbernische Partei unter der Führung seines Schwagers *Niklaus Niggeler* bei den Großratswahlen 1858 siegte und damit an die Macht zurückkehrte. Nun «zerfloß das Truggebilde der Versöhnung im Nebel, und seither herrschten die Radikalen unbedingt», notierte Altschultheiß *v. Fischer.*[426] Im Gemeinderat der Stadt Bern behielten die Konservativen allerdings die Oberhand. Den

[414] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 533.
[415] Ebd. 530.
[416] Berner-Zeitung 25. 6. 1860: von 11 Mitgliedern der Synode waren damals 9 Bernburger.
[417] Ebd. 8. 11. 1855.
[418] Ebd. 17. 11. 1855.
[419] Vgl. *H. Böschenstein,* Bundesrat Carl Schenk 1823–1895, Bern 1946, 67: «Ohne die Burgergemeinde der Stadt Bern einzubeziehen, wurden im Jahre 1854 im alten Kantonsteil (ohne Jura) bei einer Gesamtbevölkerung von 375 000 nicht weniger als 10 500 einzelne Kinder unter 16 Jahren, 9600 einzelne arbeitsunfähige Erwachsene und 11 120 ganze Familien unterstützt.» – Vgl. *P. Anderegg,* Der Kanton Bern und seine Stellung im Bund in den späteren fünfziger Jahren des 19. Jh., in: Festgabe Hans von Greyerz, Bern 1967, 569: 1 Armengenössiger auf 7 Einwohner!
[420] Berner-Zeitung 10. 3. 1857; vgl. *H. Böschenstein,* Bundesrat Carl Schenk, s. Anm. 419, ebd. 66 ff.
[421] Berner-Zeitung 10. 3. 1857.
[422] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 542 f.
[423] Vgl. *K. Geiser,* Entwicklung und Neugestaltung des Gemeindewesens im Kanton Bern, Bern 1903, 58.
[424] Vgl. BTB 1863, Chronik 1857, 309.
[425] Vgl. *R. Feller,* Jakob Stämpfli, s. Anm. 357, ebd. 13.
[426] Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 532.

Radikalen blieb dennoch die Hoffnung, mit der Zeit auch diese letzte Bastion zu erobern. Im Augenblick konnten sie zumindest auf die Mithilfe eines bekannten, bisher als konservativ-liberal geltenden Mitgliedes des Gemeinderates zählen: auf Oberst *Kurz,* den «Helden» des eidgenössischen Schützenfestes 1857 in Bern.[427] Dieser einflußreiche Wortführer, der «unter martialischem Äußern ein ungewöhnlich weiches Herz versteckte»[428], war inzwischen seinen «Parteifreunden» lästig geworden, da er, wie verlautete, in «zu gutem Einvernehmen mit dem Bundesrat» stehe.[429] Für die Nationalratswahlen 1857 wurde er deshalb von der konservativen Kandidatenliste gestrichen. Doch Oberst *Kurz* wechselte auf die radikale Liste «Mittelland» und wurde prompt in den Nationalrat gewählt. Auf Grund seiner vielfältigen Beziehungen spielte er fortan in der städtischen, kantonalen und eidgenössischen Politik eine maßgebende Rolle. Als energischer Verfechter des baulichen Fortschritts in der Bundesstadt trat er überall dort in Erscheinung, wo über «die Zukunft der Stadt Bern» verhandelt wurde. Vor allem lag ihm der Abbruch des Christoffelturmes am Herzen: Das baufällige Gemäuer, das am Bahnhof den Verkehr behindere, müsse im Hinblick auf das «Gemeinwohl» weggeräumt werden. Mit dieser Begründung zwang Oberst *Kurz* die Christoffel-Verteidiger in ein scheinbar unlösbares Dilemma. Einerseits sollten die Restaurierungsprojekte besondere Rücksichten auf die künftigen Verkehrsverhältnisse in Kauf nehmen, andererseits wußten die Christoffelfreunde bereits jetzt, daß für die Behörden nicht verkehrstechnische, sondern vielmehr politische Gründe den Ausschlag gaben. Daß das Gewerbehalleprojekt 1854/56 von *Eduard Stettler,* dem Vorstand der Baukommission der Stadt Bern, scheiterte, konnte zwar mit dem Hinweis auf die ungewisse Umgestaltung «des ganzen benachbarten Quartiers» erklärt werden. Das «Befinden» des bernischen Architektenvereins hingegen, welches die Lösung der verkehrstechnischen Engpässe in den Vordergrund rückte, stieß bei den Behörden auf taube Ohren. Eine sachliche Erörterung der Verkehrsverhältnisse beim neuen Bahnhof konnte nicht mehr stattfinden, selbst nicht anhand von Gutachten neutraler Fachleute. Auch die finanziellen Erwägungen, wonach der Abbruch des Christoffelturmes teurer zu stehen komme als dessen Restaurierung, fanden kein Gehör. Das völlige Desinteresse des Gemeinderates erklärt sich durch das Verhalten des Regierungsrates, dessen massiver Widerstand gegen eine Zurückversetzung des Personenbahnhofes die städtischen Instanzen nach zwei Anläufen vollends einschüchterte. In der Öffentlichkeit mochte noch immer die Meinung herrschen, der Christoffel müsse nun einmal der «Alles in's Prokrustesbett zwingenden Eisenbahn» zum Opfer fallen.[430] Doch der Gemeinderat, der sich jetzt mit Planungsfragen der «Berner Baugesellschaft» befaßte und dabei wegen der Festlegung des Alignements, schiefwinklig oder rechtwinklig, in Kompetenzstreitigkeiten mit dem Regierungsrat geraten war, wollte sich offensichtlich nicht mit einem Projekt belasten, dessen Urheber in den Augen des politischen Gegners bereits ausgespielt hatten. Der patrizische Präsident des Architektenvereins, *Eduard Zehender-v. Fischer* (1816–1892), Direktor der Gasgesellschaft[431], war den Radikalen ebenso verhaßt, wie der erzkonservative Projektverfasser, *Ludwig Hebler* (1812–1893), Sekretär der städtischen Baukommission, dessen Spottlieder schon bei den Wahlen von 1850 Ärger und Verdruß bereitet hatten.[432] Wenn der Gemeinderat nun jede zusätzliche Aus-

[427] *E. Blösch,* Eduard Blösch und Dreißig Jahre Bernischer Geschichte, Bern 1872, 438. – Zur Rolle, die Oberst Kurz als Anführer der Schweizerschützen an den deutschen Nationalschützenfesten in Bremen 1858 und vor allem in Frankfurt 1862 spielte, vgl. Eidgenössische Zeitung 28. 7. 1862; dazu Katalog 100 Jahre Historisches Museum Frankfurt am Main 1878–1978, Frankfurt a/M. 1978, 162 Abb.

[428] *E. Blösch,* Eduard Blösch, s. Anm. 427, ebd. 438; vgl. Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 525: «Bei sonst ehrenwerthem Charakter fehlte ihm doch oft der Muth, zu seiner Überzeugung zu stehen, und um ja nicht der Parteilichkeit zu Gunsten seiner Meinungsgenossen beschuldigt zu werden, wird er parteiisch und ungerecht zu Gunsten der Gegner.»

[429] Bund 2. 10. 1857, s. *P. Anderegg,* Der Kanton Bern und seine Stellung im Bund, s. Anm. 419, ebd. 561.

[430] Intelligenzblatt 30. 4. 1858.

[431] Als die private Gasgesellschaft 1859 mit dem Gemeinderat zwecks Übernahme des defizitären Betriebs durch die Gemeinde verhandelte, reichten die Radikalen unter der Führung Stämpflis Beschwerde ein. Sie begründeten diesen Vorstoß damit, daß die Übernahme der Gasgesellschaft hauptsächlich patrizischen Interessen diene, und verlangten den Ausstand aller Aktionäre und deren Verwandten. Die Gemeinde lehnte am 16. 3. 1860 diesen Antrag ab und beschloß – trotz Rekurs an den Regierungsrat – die Annahme des Vertrages. Vgl. *B. Wullschleger,* 100 Jahre Gaswerk Bern, Bern 1843, 73.

[432] Vgl. Der Gukkasten 3.10. 1846: «Nach diesem gehen wir weiter und beschäftigen uns mit der liebenswürdigen Person des prov. Hochbauinspektors Herrn Heblers. Alle Mitglieder dieser Familie haben eine ziemliche Neigung zu der Sorte von Frömmigkeit, die den Radikalismus als etwas Gottloses ansieht und sind daher stark konservativ. Als eingefleischte Burger der Stadt Bern spukt ihnen noch die alte aristokratische Zeit im Kopf, in welcher sie als Plebejer übrigens nie etwas geworden wären, nichtsdestoweniger haben sie aber immer noch einen großen Verdruß über das Bauernregiment und namentlich gar über das jezige. Die Verfassung ist natürlich von allen verworfen worden. – Die Nothwendigkeit des Ausschließungssystems bei Besezung von Stellen ist gewiß klar und wer sie nicht begreift, der kann sie an dem Wirken der Hochbauinspektoren kennen lernen. – Bern hatte, als die gefallene Regierung noch liberal war und die Freisinnigen, denen die Patrizier nichts mehr zu thun gaben, von ihr Arbeit erhielten, damals manchen liberalen Handwerker. Als aber die Regierung diesem System ungetreu und konservativ wurde, da waren diese Liberalen zwischen Stühl und Bänken, die patrizischen Kunden hatten sie verloren und die Regierung gab ihnen auch nichts mehr. Zum Beispiel, aristokratische und konservative Hochbauinspektoren, die eine ungeheure Masse von Arbeiten zu

einandersetzung mit der radikalen Regierung scheute, so geschah dies im Hinblick auf die Ende 1859 stattfindenden Gemeinderatswahlen. Und obwohl hier die Konservativen den Sieg davontrugen, konnten die Radikalen, deren Stimmenanteil jetzt 43% erreichte, unverfroren behaupten, daß es «mit unserem Zopfthum bald einmal Matthäi am letzten sein» werde.[433] Solche Zuversicht verband sich alsbald mit der Gewißheit, «die 50er Periode mit ihrem reaktionären Geist» sei definitiv überwunden.[434]

Schon 1859 hatte der von Oberst *Kurz* präsidierte Große Rat die Regierung beauftragt, einen Bericht über die «rationelle Vergrößerung der Stadt Bern» vorzulegen, mit dem Ziel, die Verlängerung der Bundesgasse voranzutreiben. Der Regierungsrat sicherte sich hierauf mit der Berufung des Zofinger Stadtbaumeisters *Friedrich Salvisberg* (1820–1903) als Kantonsbaumeister einen agilen Parteigänger. *Salvisberg* setzte sich sogleich mit einem Plan zur Stadterweiterung (Abb. 36) in Szene. Überdies stellte er fest, man habe «den Fehler begangen, den Bahnhof zwischen Heiliggeistkirche und dem Spital zu drängen...», aber es sei «eben kein kleines Ding in unserm republikanischen Leben, daß die öffentlichen Denkmäler, die von der Thatkraft der Behörden zeugen, durch ihre Zweckmäßigkeit und Schönheit ansprechen sollen, an Punkten sich erheben, die Jedermann gerne und leicht findet, die dadurch zum Gemeingute werden und bildend auf das Volk einwirken.»[435] Zu jenen Bauten, welche diesen radikalen Ansprüchen gerecht wurden, gehörte ohne Zweifel das von der Gemeinde Bern erbaute Bundesrathaus, das Anfang 1859 den Bundesbehörden – mit Bundespräsident *Stämpfli* an der Spitze! – feierlich übergeben worden war. Der neue «Nationalpalast» rief nicht nur eitle Freude und Bewunderung hervor. Es fehlte nicht an konservativen Kritikern, welche das prunkvolle Gebäude mit ihren jetzigen Bewohnern gleichsetzten: hier sehe man, so Altschultheiß *v. Fischer,* das «Spital, in dem man alles, was vom Altschweizerthum noch übrig sei, eines elenden Todes sterben lassen werde.»[436] Analoge Maßstäbe ließen sich umgekehrt auch auf den Christoffelturm anwenden. Er entbehrte jedenfalls der aus radikaler Sicht für öffentliche Denkmäler erforderlichen Schönheit und Zweckmäßigkeit, um volksbildend zum Gemeingut zu werden. Je mehr aber die Christoffelfreunde dieses «Wahrzeichen» für sich beanspruchten, desto leichter konnte der Turm zum konservativen Symbol des bernischen Zopftums erkoren werden.

Daß dem Versuch *Theodor Zeerlederes* (1820–1868), die beanstandeten ästhetischen und funktionellen Mängel des Christoffelturms mit einem umfassenden Restaurierungsprogramm zu beheben, kein Erfolg beschieden war, läßt sich vorweg anhand der alten parteipolitischen Gegensätze erklären. Der fleißige Architekt und Sohn des im Dotationshandel verunglimpften Altratsherrn *Ludwig Zeerleder* zählte selbst zu jenen «Vollblutpatriziern», die – auch wenn sie 1854 von der politischen Bühne abtreten mußten – für den «reaktionären Geist der 50er Periode» verantwortlich gemacht wurden.[437] *Friedrich v. Fischer-Manuel* (1823–1908) hatte als Sohn des Altschultheißen ebenso wenig Aussicht, das Vertrauen der Radikalen zu gewinnen, wie *Viktor v. Tschann-Zeerleder* (1802–1869), der als Teilhaber der Bank Zeerleder schon 1846–1850 ein beliebtes Opfer radikaler Satire war und 1856 im Neuenburgerhandel gar in Verdacht geriet, mit den Royalisten in Neuenburg unter einer Decke zu stekken.[438] Zu den politisch verfemten Persönlichkeiten ge-

vergeben hatten, ließen die Freisinnigen stehen und gaben sie den Konservativen, den Schwarzen, die so von den Patriziern, der Stadt und vom Staate zugleich die Arbeit erhielten und die Freisinnigen als Löhlen auslachten. So wurde der Geist des Fortschrittes, dem die Regierung ihr Dasein zu verdanken hatte, in der Stadt, anstatt unterstüzt und aufrecht gehalten, unterdrückt und verhöhnt.» – Ludwig Hebler bekräftigte seine konservative Überzeugung 1850 mit dem «Berner Volkslied zur Erinnerung an den 25. März 1850» und 1861 mit dem «Lied des Reformvereins auf die Gemeindewahlen zu Bern 1861». Außerdem trat er in der Presse als Kritiker des radikalen Kantonsbaumeisters Salvisberg auf, vgl. Intelligenzblatt 29. 1. 1860: Eine Kritik des Projektes der Herren Architekten Salvisberg, Studer und C. Dähler.

433 Berner-Zeitung 21. 12. 1859; vgl. BTB 1864, Chronik 1859, 413. – In diesem Zusammenhang gehört auch das im Sommer 1859 dank Bundesrat Stämpfli im eidgenössischen Parlament erörterte und, trotz «Protestation» von 29 Berner Offizieren, beschlossene Werbeverbot für fremde Dienste. Dieses Verbot berührte unmittelbar das «Standesinteresse» jener Berner Patrizier, die in neapolitanischen Diensten standen. Darüber hinaus wurde jetzt im Rückblick die Geschichte des Söldnertums «als Folioband der Schande» verurteilt. «Der republikanisch-freisinnigen Ideologie erschien es als Hohn, daß Schweizer im Ausland dazu dienten, Fürstenthrone gegen den liberalen Ansturm der Völker zu schützen.» Vgl. *E. Bonjour,* Jakob Stämpfli, s. Anm. 371, ebd. 279.

434 Berner-Zeitung 25. 6. 1860; vgl. ebd. 5. 4. 1864.

435 *F. Salvisberg,* Das neue Kantonsschulgebäude und das neue Quartier der obern Stadt in Bern, Bern 1860, 6,13.

436 Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 486.

437 Vgl. Berner-Zeitung 23. 11. 1856: Theodor Zeerleder wurde hier in seiner Funktion als Schätzungsexperte der Brandassekuranzanstalt angegriffen: als «schwarzer Patrizier» begünstigte er die konservativen Hausbesitzer in der Stadt Bern. – Zum Verlust des Großratmandates in Brienz vgl. Lebensnachrichten E. F. v. Fischer, 503, 530.

438 Intelligenzblatt 9. 9. 1856; Der aus Solothurn stammende V. v. Tschann war 1838 in die Burgergemeinde aufgenommen worden, doch verweigerte der Große Rat seine Naturalisation. Erst 1858 wurde er naturalisiert, vgl. BTB 1863, Chronik 1858, 326. Als Associé der Bank Zeerleder war er unter dem Verdacht, mit ausländischen Eisenbahnaktien zu spekulieren, ins Schußfeld radikaler Kritik geraten. «Die Banquiers Hr. Freiherr und Amtsrichter Zerrleder und Hr. von Tschan haben einige junge Patrizier persuadirt, in den französischen Eisenbahnaktien zu spekuliren und alle die spekulativen Herren haben famose Verluste dabei gemacht. Es wäre vielleicht doch besser gewesen, die

hörte auch der Ende 1859 zum Stadtschreiber gewählte *Ernst Wyß* (1821–1874), welcher den radikalen Scharfmachern bereits 1849 durch besondere «aristokratische Mucken» aufgefallen war.[439] Ihm hatten die Christoffelfreunde nicht nur gewichtige juristische Ratschläge, sondern auch die «humoristische» Verwendung des Zopfes – als Kennzeichen denkmalpflegerischer Bemühungen – zu verdanken (Abb. 42, 43).

Die streng konservativ-patrizische Ausrichtung des Christoffelcomités übertrug sich folgerichtig auf die Zusammensetzung der Subscribenten. In der 250 Namen zählenden Interessentenliste war die Burgerschaft zwar «nur» mit 70% der Unterschriften beteiligt, doch steigerte sich dieser Anteil bei der nachfolgenden Subscription auf 97,2%. Dabei fällt auf, daß für die 250 Subscribenten – unter ihnen findet man verschiedene Körperschaften, so die bernischen Zünfte[440] oder die Künstlergesellschaft – in erster Linie verwandtschaftliche Beziehungen zum Zuge kamen. Die Familien *v. Erlach, v. Fischer, v. Graffenried, v. Muralt, v. Sinner, v. Tscharner, v. Wattenwyl und Zeerleder* zeichneten bereits annähernd die Hälfte der Subscriptionssumme von Fr. 80 000.–. Auf mindestens Fr. 1000.– verpflichteten sich 16 Subscribenten[441], unter ihnen Altschultheiß *v. Fischer* und *Theodor Zeerleder,* der mit Fr. 3000.– (1860) und Fr. 5000.– (1864) die Subscribenten anführte. Erwähnenswert sind auch die 60 Subscribentinnen, die dem Aufruf des Comités an die «Wächterinnen der Pietät» Folge leisteten. Diese Anteilnahme des zarten Geschlechtes kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich vor allem die ältere Generation an der Subscription beteiligte. Das Durchschnittsalter der Subscribenten betrug rund 54 Jahre. Die Christoffelfeinde durften mit Recht behaupten, für die Erhaltung des Turmes hätten sich vornehmlich die «Anhänger des Alten» ereifert. Dies wiederum bestärkte die Radikalen in ihrem Vorurteil, wonach jene Generation, welche die Staatsumwälzung 1831 miterlebt hatte und 1846 zur berüchtigten, im «Gukkasten» erfaßten patrizischen «Nobelgarde» gehörte[442], hier ihr passendes Steckenpferd gefunden habe. Die Verteidiger des Christoffel mußten daher in Kauf nehmen, als «Feinde des Fortschritts», als «Stockburger», kurz als «politische Reaktionäre» verschrieen zu werden.[443] Die Kernfrage der Radikalen lautete nämlich: «Sind die reichen Aristokraten und Konsorten seit den Zwanzigerjahren besser geworden, oder nicht? Die Antwort ist auch bald errathen: Nein, dieselben sind noch immer gleich. Überall, wo es sich um etwas Gemeinnütziges oder sonst für den Staat und das Volk Vortheilhaftes handelte, arbeiteten

Gelder hier im Lande sicher anzulegen und die betreffende Vermögenssteuer davon zu bezahlen, als sie den Franzosen in den Beutel zu jagen.» Der Gukkasten 6. 2. 1847; vgl. ebd. 13. 2. 1847.

[439] Der Gukkasten 12. 5. 1849: «*Wysses.* Bei der letzten Rechnungsablage der Bogenschüzengesellschaft war auch Hr. Fürsprech Ernst Wyss anwesend. Man kennt diesen jungen Menschen und seine Herkunft, (er ist ein Sohn des verstorbenen Professors), so ziemlich, man weiß, daß er auf eine lächerliche Façon den Patrizier affektirt, obschon diese zarte Pflanze ganz aus plebejischem Geblüte stammt und seine Herkunft durchaus nichts Nobles darbietet. Die Vorsehung hat in ihrem unerforschlichen Rathschluß seinen holden Mund mit einem blonden Schnäuzlein geschmükt, welches der liebe, gute Mann auf's Anmuthigste mit Pomade gewichst der staunenden Welt zur Schau zu tragen, herablassend genug ist. Sein Antliz wird sogleich von lieblichem Entzüken überflogen, wenn er nur von weitem einen patrizischen Frak, einen Soupied, Sporn, und deren haben manche Patrizier, oder so etwas, erblikt. Er ist glüklich wenn er sich an einen noch so schaalen und gehaltlosen Aristokraten andrängen kann und, der gute Mensch glaubt, wenn er etwa mit einigen Patriziern, kümmerlich geduldet, herumlaufen kann, das Publikum sehe ihn denn auch als einen solchen erschreklich vornehmen Herrn an! Seele, hier laß einen wehmütigen Seufzer fahren! – Nun, um wieder auf besagte Bogenschüzengesellschaft zu kommen, da glaubte Hr. Wyss seine Gesinnungen zeigen und seine ganze Noblesse entfalten zu können. Er fing nämlich an zu politisiren und zog auf die mindere Burgerschaft auf eine erniedrigende und beschimpfende Manier los, warf mit Fözeln und dergleichen um sich, so daß, obschon die Gesellschaft gewiß nicht in einem überschwänglichen liberalen Geruch steht, doch einige Mitglieder empört über die Lieblosigkeit und Anmaßung dieses, auch nur gemeinen Burgers ihre Hüte nahmen und die Gesellschaft verließen. – Woher Hr. Ernst Wyss diese aristokratischen Muken hat, das weiß der liebe Himmel. Der Hochmuth ist stets ein Mangel an Verstand und wenn man erst noch keinen nobleren Stammbaum hat als sothaner Hr. Wyss, so braucht man die Nase nicht halb so hoch zu tragen und über seine Mitburger herabblikend so lieblos loszuziehen. Ainsi font, font font/Les petites marionettes/Ainsi font, font, font/Les petis marionons. » – Vgl. dazu Anm. 170.

[440] So die Gesellschaften zu Distelzwang, zu Schmieden, zu Pfistern, zu Mittellöwen, zu Kaufleuten, zu Schuhmachern, s. Konvolut BBB, s. Beilage II.

[441] Vgl. ebd.: F.L. v. Erlach-v. Wattenwyl, K.E. v. Erlach, E.F. v. Fischer, A. v. Fischer-Bondeli, G.F.J. v. May, A. Marcuard, E. Marcuard, E. v. Muralt-v. Erlach, F. v. Pourtalès, K.R.F. v. Sinner, C. v. Tscharner, D.R. v. Wattenwyl-v. Steiger, Fr. v. Wattenwyl-v. Fischer, B.F. v. Wattenwyl-de Portes, Th. Zeerleder, F. Zeerleder-v. Wattenwyl.

[442] Der Gukkasten 7. 3. 1846; vgl. ebd. 21. 10./28. 10/4. 11. 1848: «Übersicht der hauptsächlichsten Gewinnste, welche an der Gewerblotterie herausgekommen sind.»

[443] Berner-Zeitung 17. 3. 1863: «Hängend am Alten, an verbrieften Rechten und Korporationsinteressen ist der Stockburger im eigentlichen Sinne des Wortes ein Kirchthurmspolitiker, ein Sackpatriot, Feind demokratischer Freiheit und des Fortschritts im Staat und Gemeinde, der in aristokratischem Pfauenstolze auf den «Hintersäß» herabblickt, wie etwa König Salomo auf den Gassenkehrer. In der Regel werden solche von Haus und theilweise noch von der Schule aus gepflegten Burgertugenden noch unterstützt durch eine kräftige Dosis vernagelten Verstandes, vulgo Borniertheit, so daß von einem mit fünf gesunden Sinnen begabten Menschen der Stockburger schon auf 20 Schritte Entfernung erkannt werden kann. Wir könnten für Alles dieses Beispiele aus dem Leben anführen, weisen jedoch den geneigten Leser auf den einzigen Umstand hin, daß in der Regel der «Burger» ein politischer Reaktionär ist, der Hemmschuh bei politischen Veränderungen, wo es «in staatlicher Beziehung dem Fortschritt gilt.» – Vgl. ebd. 4. 11. 1864: Über den Fortschritt.

diese Herren und Ihresgleichen mit Leib und Seele dagegen.»[444] Gemeinnützig hieß in diesem Fall der von Oberst *Kurz* empfohlene «Ehrenpunkt» für die Stadt Bern: der Ausbau des Münsterturmes. Der Vorschlag, dieses bernische Wahrzeichen von seiner jetzigen «dummen Kappe» zu befreien, sei jedoch, laut radikaler Kenntnis, auf heftigen Widerstand seitens der «Anhänger des Alten» gestoßen: «Nichts da! gerade diese dumme Kappe muß der Münsterthurm haben und behalten, sonst wäre er nicht mehr unser bernischer Münster.»[445]
Solche Vorwürfe trafen nicht allein die Christoffelfreunde, sondern die ganze Burgerschaft, welche mit ihren 3000 Mitgliedern in der 30 000 Einwohner zählenden Stadt eine kleine, finanziell aber respektable Minderheit darstellte.[446] Dennoch ist festzustellen, daß sich nicht einmal ein Zehntel der Burgerschaft an der Christoffel-Subscription beteiligte. Das Interesse der Burger galt jetzt vielmehr dem Bau eines neuen «Museums». Bereits 1861 stand der Beschluß fest, ein «Museum» zu errichten, mit dem Ziel, «alle gebildeten Männer Berns in ihrem Cirkel zu vereinigen und so gleichsam der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Verkehrslebens der Stadt zu sein.»[447] Am 17. April 1863 – vier Tage nach der Niederlage der Christoffelfreunde in der Einwohnergemeinde! – konstituierte sich die Museumsbaugesellschaft. Diese konnte Anfang 1865 bekanntgeben, daß bisher für Fr. 220 000.– Aktien gezeichnet worden seien.[448] Es steht außer Frage, daß das Museumsprojekt zumindest in finanzieller Hinsicht in Konkurrenz zu den Bestrebungen der Christoffelfreunde stand.

Gravierender war indessen der Umstand, daß zur gleichen Zeit die Burgergemeinde mit «Auflösungstendenzen» zu kämpfen hatte. Am 31. August 1863 versammelten sich verschiedene «reformwillige» Burger, um über die Reorganisation der Burgergemeinde zu beraten. Man hielt dafür, die Burgergemeinde stelle ein überholtes Relikt aus der Zeit des ancien régime dar und sei deshalb mit dem modernen Staat unvereinbar. Die Burgergemeinde sollte mit der Einwohnergemeinde verschmolzen werden, wobei die burgerlichen Nutzungsgüter, jene «Quelle moralischer und finanzieller Verkommenheit», zu liquidieren seien.[449] Diese Vorschläge verursachten in der Öffentlichkeit erwartungsgemäß große Aufregung. Spöttische Bemerkungen lieferte die radikale Presse: «Alsdann ist die alte, stolze Burgerschaft von Bern zu einer elenden Nutzungskorporation hinabgesunken, ein warnendes Beispiel, welche Tiefe ein früher großes Gemeinwesen in seinem Fall erreichen kann.»[450] Ende Oktober 1863 überreichten die Reformer ihre Anträge dem Großen Rat. Doch nun setzte sich die Burgergemeinde zur Wehr, indem sie erklären ließ, der Auflösungsantrag verstoße gegen die Dotationsurkunde und gegen die Verfassung. Am 17. Februar 1864 endete die interne Krise des sogenannten «Burgersturms», als sich die Burgergemeinde nach stürmischen Diskussionen mit 329 zu 33 Stimmen gegen den Auflösungsantrag entschied.[451]

Eine tatkräftige Unterstützung durch die Burgergemeinde wäre für die Christoffelfreunde gewiß sehr vorteilhaft gewesen. Statt dessen mußten sie eigene Mittel und Lösungen suchen, um ihr Vorhaben zu verwirklichen. Die Wege, die sie einschlugen, erwiesen sich jedoch sehr bald als Irrwege. Gestützt auf das Prinzip der «Rentabilität» wollte *Theodor Zeerleder* die kostspielige Restaurierung durch die Subscription rückzahlbarer Beiträge und Aktien zustande bringen. Die Einrichtung zinstragender «Etablissements» im Christoffelturm war wiederum nicht denkbar ohne schwerwiegende bauliche Eingriffe. Daß sich dabei psychologische sowie juristische Schwierigkeiten ergeben würden, scheint dem Comité erst allmählich bewußt geworden zu sein. Die Absicht, das Christoffelbild aus seiner Nische zu entfernen, um so Platz für rentable Räumlichkeiten zu gewinnen, stieß viele Christoffelfreunde vor den Kopf. Und die Bildung

[444] Ebd. 10. 10. 1858.
[445] Ebd. 8. 1. 1860.
[446] Angaben für 1861 nach *E. Blösch,* Eduard Blösch, s. Anm. 427, ebd. 451; vgl. dazu die Zahlen für 1863: von 5000 Bernburgern insgesamt leben 3200 in der Gemeinde Bern, s. Berner Blatt 15. 12. 1863.
[447] Vgl. *F. Jäggi,* Verlegung der Militär- und Schulanstalten und das Museumsbauprojekt, Bern 1865, 5; vgl.: Projekt zu einem gesellschaftlichen Museum auf der nördlichen Bastion der kleinen Schanze in Bern als Gegenvorschlag zur Stellung des Museums auf dem Platz des jetzigen «Bärenhöfli», auf dem Boden der Berner Baugesellschaft, Bern 1864, 28. – Dazu *G. Tobler,* Rückblicke auf die Geschichte der Museumsgesellschaft in Bern 1847–1897, Bern 1897.
[448] Vgl. *F. Jäggi,* Verlegung, s. Anm. 447, ebd.
[449] Vgl. *W. Nußbaum,* Vom öffentlichen Wirken der Burgergemeinde, in: BZ 1964, 37.
[450] Berner-Zeitung 3. 7. 1863; vgl. ebd. 4. 7. 1863: Stadtbernische Anregungen. Aus konservativer Sicht vgl. Eidgenössische Zeitung 23. 8. 1863 und 23. 2. 1864.
[451] Vgl. BTB 1868, Chronik 1864, 390: «Berathung einer Eingabe des verstärkten Burgerrathes an die Direktion des Innern, veranlaßt durch eine der letztern eingegebene, an den Großen Rath gerichtete Petition der HH. König und Genossen, betr. Theilung der Burgernutzungsgüter und Reorganisation der Burgergemeinden. Nach einer theilweise stürmischen Diskussion, in welcher Burgerrath Bürki, Kommandant v. Büren und mit entscheidendem Eindruck Großrath Lauterburg gegen die Petenten, die Fürsprecher König, Brunner und Schärer für ihre Anträge auftraten, wurde mit 329 gegen 33 Stimmen beschlossen, im Sinne des Burgerrathes die Abweisung der Petition zu beantragen, dann aber ein Anzug von Kommandant v. Büren betr. Erleichterung der Bedingungen zur Aufnahme in's Burgerrecht von Bern und eine gesteigerte Beförderung öffentlicher Zwecke aus dem Ertrag der Nutzungsgüter mit eben so großem Mehr erheblich erklärt. (Das «Reformkomite» zog in der Folge seine Petition zurück, weil ein Vorgehen im gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet erscheine.)»

einer Aktiengesellschaft weckte in der Öffentlichkeit gleich den Verdacht, die Christoffelfreunde suchten sich unter dem Vorwand ideeller Bestrebungen hier doch nur materielle Vorteile zu verschaffen.[452] Dazu fehlten freilich die juristischen Voraussetzungen. Es blieb Altschultheiß *v. Fischer,* dem erfahrenen Politiker und «Tutor» der Christoffelfreunde, vorbehalten, in der Subscribenten-Versammlung vom 20. Dezember 1861 darauf hinzuweisen, daß keine Aussicht bestehe, für diese Aktiengesellschaft die erforderliche Sanktion des Regierungsrates zu erlangen.[453] Darüber hinaus mußte sich das Comité mühsam durchringen, im voraus auf jede Garantie-Leistung der Gemeinde zu verzichten. Die anfängliche Begeisterung für das Projekt von *Theodor Zeerleder* wich langsam, nach zermürbenden Verhandlungen, einer nüchternen Einschätzung. Für das neue Projekt wurden dementsprechend alle unnötigen architektonischen «Verschönerungen» fallen gelassen und alle juristischen Bedingungen, vor allem die kaufmännischen Grundsätze der Rentabilität gestrichen. Als unter der zielstrebigen Führung von *Ernst Wyß* sämtliche Hemmnisse aus dem Weg geräumt waren und der Gemeinderat das Projekt zur Annahme empfohlen hatte, fiel die Entscheidung in der Einwohnergemeinde vom 13. April 1863 zu Ungunsten der Christoffelfreunde. *Salvisbergs* «Theatercoup» traf das Comité doppelt hart, weil die Versprechungen des Kantonsbaumeisters allem Anschein nach für die Gemeinde finanziell günstiger schienen als das uneigennützige Angebot der Christoffel-Verteidiger.

Daß Salvisberg ein Jahr später in der Einwohnergemeinde eine Abfuhr hinnehmen mußte, konnte im Hinblick auf seine eigenartige Verhandlungstaktik niemanden verwundern. Die Christoffelfreunde durften nun neuen Mut schöpfen. Ihre Hauptgegner hatten ausgespielt: Oberst *Kurz* war nach rastlosem Einsatz für die Demolition des Christoffel gestorben, und Kantonsbaumeister *Salvisberg* stand jetzt auf verlorenem Posten. Warum die Christoffelfreunde das neue Projekt von *Friedrich v. Fischer-Manuel* dennoch nur halbherzig anpackten, bleibt unverständlich. Erst als eine neue Abbruch-Offerte in der Presse bekannt wurde, rüsteten sie sich für die definitive Entscheidung. Sie waren einmal mehr vom Gang der Ereignisse überrascht worden, erkannten aber rasch, daß ein neuer gefährlicher Christoffelgegner die Initiative ergriffen hatte: Alt-Bundesrat *Stämpfli,* der im Herbst 1863 in die bernische Politik zurückgekehrt war. Der Antrag auf Abbruch des Christoffelturms wurde jedoch nicht von ihm, sondern von einer Gesellschaft mit Baumeistern und Architekten gestellt. Es waren die gleichen Unternehmer, welche 1861 in Konkurrenz zum patrizisch-konservativen Comité «für die Errichtung von Arbeiterwohnungen in der Länggasse»[454] eine Gesellschaft «für ein zu erstellendes Lorraine-Quartier» gegründet hatten.[455] Im Zeichen des Fortschritts lieferten sich hier zwei parteipolitisch gefärbte Gruppierungen – Konservative auf der einen und Radikale auf der andern Seite – einen Wettbewerb, in welchem sowohl Spekulation als auch städtebaulicher Ehrgeiz zur Geltung kamen.[456] Spekulative Absichten und Privatinteressen ließen sich auch jetzt, da die eidgenössische Bank im künftigen Verkehrszentrum der Stadt, in unmittelbarer Nähe des Christoffelturms, ihren Neubau errichten wollte, nicht in Abrede stellen. Im Vertrauen auf «den gesunden Sinn unserer Bevölkerung» hoffte das Christoffelcomité, diese schwache Stelle in

[452] Vgl. Postheiri 4. 1. 1862, s. Anhang 32.

[453] Vgl. Protokoll Subscribenten-Versammlung, s. Konvolut BBB.

[454] Die Mitglieder dieses Comités – F. v. Fischer-Manuel, A. v. Fischer-Bondeli, Dr. W. Lindt, C. Reisinger, R. v. Sinner, Baumeister Rud. Studer, Dr. med. v. Tscharner, Werkmeister C. Wäber, Gemeinderat A. v. Wattenwyl, A. v. Werdt-v. Wattenwyl, Fr. v. Wattenwyl-v. Fischer, E. Fueter – zählten alle außer E. Fueter zu den Christoffelfreunden. – Vgl. Druckschrift: Gesellschaft für Arbeiterwohnungen in Bern, Bern 1861, 11 (zum Standort): «Der Bauplatz muß außerhalb der Stadtmauern sein, um den Bestimmungen des Baureglements zu entgehen und eine einfache, billige Bauart befolgen zu können. Er darf aber auch nicht zu weit von der Stadt entfernt liegen.» – Vgl. ebd. 12 (über Charakter und Bauart der zu errichtenden Arbeiterwohnungen): «Es dürfen nicht kasernenartige Gebäude, sondern nur kleinere, ein bis zwei Stockwerk hohe Häuser aufgeführt werden (mit Gärten u. Pflanzplätz), nicht zu nahe aufeinander, in mäßigen Zwischenräumen.»

[455] Am 21. 1. 1861, d.h. 5 Tage nach Gründung des Comités für Arbeiterwohnungen in der Länggasse, stellte sich das Comité für die Errichtung des Lorraine-Quartiers der Öffentlichkeit vor. Die Mitglieder: Baumeister Dähler, Staatskassier Eggimann, Forster-Rommel, Frey-Hubacher, Verwalter Imobersteg, Architekt Fr. Studer, Notar Lutz, Fürsprecher Ed. Lutz, Architekt F. Salvisberg, Prof. Tribolet und Bundesrat Stämpfli waren entschlossen, in der Lorraine eine Vorstadt für 2000 Einwohner zu errichten. Die Zusammensetzung des Comités, s. Berner-Zeitung 26. 3. 1861, ist nahezu identisch mit der Gesellschaft für den Abbruch des Christoffelturmes, welche im November 1864 mit ihrer Offerte die Entscheidung herbeiführte, s. Anm. 334.

[456] Während die radikale Presse nach dem Grundsatz: «wo Neubauten entstehen, da steht ein rasches Aufblühen der Bevölkerung in Aussicht!» (s. Berner-Zeitung 19. 1. 1861) diese Überbauungen begrüßte, stieß das «Lorraine-Quartier» bald schon auf konservative Kritik. Im Vordergrund stand dabei Kantonsbaumeister Salvisberg: Nicht nur der Umstand, daß er sich auch hier – neben seinen Amtspflichten! – an die Spitze drängte, sondern vor allem sein architektonisches Talent erregte Aufsehen. Anlage und Einteilung der Gebäude, «welche inwendig notorisch verfehlt sind», und nicht zuletzt die umstrittenen Dimensionen der Abtritte (mit 3' Länge und 2' 9" Breite) bildeten fortan ein dankbares Thema für ironische Pressenotizen. Vgl. Intelligenzblatt 29. 5. 1862; dazu Postheiri 21. 5. 1864: «O Simeliberg, o Simeliberg, Wie ging's in der Lorrainen? Da reift für dich kein Weizen mehr; – Es rührt mich schier zu Thränen...» – Im Zusammenhang mit dem Abbruch des Christoffel vgl. Berner-Bote 21. 12. 1864: «Schaut nicht die halbe Welt nach unserer Lorraine, um zu lernen, wie man Häuser baut?»

Stämpflis Bemühungen weidlich auszuschlachten. Aber nach den langen Jahren des Abbruchkampfes war selbst unter den Liebhabern des Christoffel eine gewisse Resignation festzustellen. Dies zeigte sich bereits im mühsamen Zustandekommen der zweiten Subscription, was wiederum die Gegner zur Behauptung berechtigen konnte, die Christoffelfreunde meinten es mit der Restaurierung gar nicht ernst. Der Gemeinderat entschied sich jedenfalls mit großer Mehrheit, auf die Abbruch-Offerte einzutreten. Ihm lag inzwischen der regierungsrätliche Bericht «in Sachen Stadterweiterung» vor, worin betont wurde, in den letzten vier Jahren hätten sich «eine große Zahl der wichtigsten Fragen zu einem wahrhaft gordischen Knoten zusammengeschürzt.»[457] Dies gelte für das Straßennetz und hier in erster Linie für die Verlängerung der Bundesgasse, für verschiedene Neubauten öffentlicher Anstalten, vor allem aber für die absolut notwendige Verlegung des Personenbahnhofes.[458] Dieser Bericht stützte sich auf ein 1860–1862 erstelltes Gutachten, in welchem drei Sachverständige[459] zum Schluß gekommen waren, eine umfassende Lösung könne nur in gegenseitigem Einvernehmen von Gemeinde- und Staatsbehörden gefunden werden. Auch wenn in den bisher geführten Verhandlungen in gewissen Punkten Einigkeit erzielt wurde, so blieb die im Besitz des Staates befindliche Kleine Schanze weiterhin ein vorrangiges Streitobjekt. Während der Regierungsrat auf der Verlängerung der Bundesgasse, das heißt auf dem Durchbruch der Kleinen Schanze beharrte und jedes Kaufgesuch der Gemeinde kategorisch ablehnte[460], suchte der Gemeinderat mit allen Mitteln diese «weltberühmte» Promenade zu erhalten. Das Thema «Christoffel» wurde jedoch von beiden Seiten totgeschwiegen. Auf Grund solcher Verhältnisse hielt es der Gemeinderat für angezeigt, seine Anstrengungen ganz auf die Erhaltung der Kleinen Schanze zu richten, den Christoffel aber fallen zu lassen.[461] Daran konnte auch der «Stoßseufzer eines alten mutzopotamischen Burgerzopfs» nichts ändern: «Wo der Fortschritt soll floriren, Gern den Stoffel thät berühren; Ihm der gute Berner aber Höher henken thut den Haber.»[462]

Der Gewinner der denkwürdigen Abstimmung vom 15. Dezember 1864 hieß *Jakob Stämpfli*. In einer anonymen Karikatur (Abb. 62) nimmt er als «Goldkönig Jakob»[463] auf einem Sessel thronend, umgeben von prallen Geldsäcken, das neueste Präsent der Stadtgöttin entgegen. Die *Berna* überreicht dem wie gewohnt «napoleonisch» fordernden Plutokraten kniefällig, aber mit unver-

Abb. 62. Die Stadtgöttin Berna überreicht Jakob Stämpfli den Christoffelturm. Federzeichnung um 1865 (Historisches Museum Bern)

[457] Vortrag an den Regierungsrath in Sachen Stadterweiterung, Bern 1864, 19.

[458] Ebd. 3 f.: 1. Aufstellung eines allgemeinen Stadterweiterungsplanes. 2. Bau neuer Lehranstalten: Kantonsschulgebäude, eventuell Hochschulgebäude. 3. Bau einer neuen Entbindungsanstalt. 4. Verlegung und Vereinigung sämmtlicher Militäranstalten: Zeughaus, Kasernen, Reitschule, Stallungen. 5. Bau eines Assisengebäudes. 6. Verlegung des Bahnhofes. 7. Verwerthung des disponibeln Terrains und Gebäude des Staats. – Indirekt im Zusammenhang mit diesen Fragen steht noch der Bau eines neuen städtischen Museums. – Zur Verlegung des Bahnhofs vgl. ebd. 19: «Fünf Bahnlinien treffen gegenwärtig in Bern zusammen; 40–50 Züge täglich zu und ab vermitteln den rasch steigenden Verkehr; der Personenbahnhof würde in Kurzem nicht mehr genügen, auch wenn die Schienenanlage eine durchlaufende würde; statt dessen bildet der Bahnhof eine unzweckmäßige Sackgasse. Die absolute Nothwendigkeit einer Verlegung und zweckmäßige Anlage des Personenbahnhofes liegt auf der Hand. Diese Verlegung wird aber vermuthlich nicht eher zu Stande kommen, als bis in dem Labyrinth von Weichen und hin und her manövrirenden Bahnzügen etc. einmal ein großes Unglück geschieht. Unterdessen wird das Terrain in diesem Quartier von Jahr zu Jahr rarer und theurer, und die Eisenbahn-Gesellschaften werden es mit schwerem Gelde erwerben müssen, wenn sie sich nicht jetzt in den Besitz desjenigen Complexes setzen, welcher sich zu einer solchen Verlegung eignet: die Stelle ist der Platz zwischen Burgerspital und dem Güterbahnhof.»

[459] Vgl. Berner-Zeitung 27. 2. 1860: Bauinspektor Merian von Basel, Ferdinand Stadler von Zürich und Architekt Rothpletz von Aarau.

[460] Bereits im Frühjahr 1864 hatte Jakob Stämpfli den Standpunkt der Regierung klargestellt: Der Staat «bricht die Bundesgasse durch und verwerthet die kleine Schanze und fragt die Stadt darum nicht an. Will sie die südliche Bastion erhalten wissen, so mag sie dafür leisten, was sie werth ist; der Staat hat kein Interesse an ihrer Erhaltung, seitdem sie nicht mehr zum Kanonen aufführen bestimmt ist.» Vgl. *J. Stämpfli,* Über die Baufragen der Stadt Bern, s. Anm. 240, ebd. 22.

[461] Vgl. Berner-Zeitung 8. 1. 1863: Die von Bundesrat Stämpfli vorgeschlagene Abtragung der Kleinen Schanze «soll eine der herrlichsten Zierden der neuen Bundesstadt werden. Was sagst du dazu, mein lieber Christophel? Nicht wahr, jetzt gerade ist es an der Zeit, an das *alte, große Bern* zu denken, anstatt in Kleinigkeitskrämerei zu versauern und solltest du selbst das Opfer davon werden!»

[462] Postheiri 1. 10. 1864.

[463] Vgl. *H. Böschenstein,* Jakob Stämpflis letzte Lebensjahre, s. Anm. 378, ebd. 5.

kennbar grimmiger Miene, den Christoffelturm auf einem Tablett, dazu noch einen Geldsack mit den Fr. 8000.– als Abbruchentschädigung. Die Stadtgöttin verrät ihre burgerlich-patrizische Herkunft mit einem riesigen Zopf: Es ist jenes haarige Attribut, das den Christoffelfreunden jetzt zum Verhängnis wurde. Dieses Ergebnis bietet – politisch betrachtet – keine Überraschung, denn «an dem bloßen Namen des *Bernburgers* hängt nach den Anschauungen des Landes Etwas, das wie ein Zopf aussieht.»[464]

[464] Berner-Zeitung 7. 5. 1862. – Als «ein Übel der Zeit» betrachteten hingegen konservative Beobachter, daß jene, «welche an Zucht, Ehrbarkeit und Ordnung mahnten, stets als Zöpfe, Pfaffen und Aristokraten verschrieen werden». Vgl. Eidgenössische Zeitung 30. 3. 1859.

Abb. 63. Postheiri 14. 1. 1865: «Abreise der eidgenössischen Gerechtigkeit nach dem bessern Jenseits.» Holzstich.